

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung
Heft 6

Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern

von

Nikolaus Werz und Jochen Schmidt



UNIVERSITÄT ROSTOCK

UB Rostock

MB
1100

R839
-6

Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern

von

Nikolaus Werz und Jochen Schmidt

Universität Rostock

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

1996

Universitätsbibliothek Rostock
Fachbibliothek WiSo



UB Rostock
28\$ 010 501 487



6131 MB 1100 R839-6

HERAUSGEBER: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jürgen Rüländ
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT: Autorenkorrektur

HERSTELLUNG DER DRUCKVORLAGE: Jochen Schmidt

ZITAT KURZTITEL: Werz, Nikolaus:
Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern / Nikolaus Werz
u. Jochen Schmidt. - Rostock : Univ., 1996. - II,
56 S. - (Rostocker Informationen zu Politik und
Verwaltung ; 6)

ISSN 0947-3025



613-23 6222^e (6)

© Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock.
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
18051 Rostock

Tel. (0381) 498 3322 Fax (0381) 498 3328

DRUCK: Universitätsdruckerei Rostock, Nachdruck 369/97

Inhalt

	Seite
Abkürzungen	2
Verzeichnis der Tabellen im Text	4
Einleitung	5
1. Territoriale Gliederung	6
2. Wahlgeschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik	7
3. Die Landtagswahlen von 1946 in Mecklenburg-Vorpommern	13
4. Die Wahlen des Jahres 1990	16
5. Die Wahlen des Jahres 1994	22
6. Wählerstrukturen der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990	26
7. Zusammenfassung und Ausblick	31
Anhang	34
Literaturverzeichnis	47

Abkürzungen

BFD	Bund Freier Demokraten
Bü 90	Bündnis 90/Die Grünen
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DA	Demokratischer Aufbruch
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFP	Deutsche Forumpartei
DJ	Demokratie Jetzt
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DSU	Deutsche Soziale Union
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVFB	Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung
DVP	Deutsche Volkspartei
FA	Frauenausschüsse
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDP	Freie Demokratische Partei
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte
KB	Kulturbund
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LDP	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LTW	Landtagswahl
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NF	Neues Forum
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

SMAD	Sowjetische Militäradministration
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UFV	Unabhängiger Frauenverband
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VL	Vereinigte Linke
WBT	Wahlbeteiligung
WP	Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes

Verzeichnis der Tabellen im Text

Tab. 1:	Ergebnisse der Reichstagswahlen 1871 bis 1912 in Mecklenburg-Strelitz	9
Tab. 2a:	Ergebnisse der Reichstagswahlen 1871 bis 1887 in Mecklenburg-Schwerin	9
Tab. 2b:	Ergebnisse der Reichstagswahlen 1890 bis 1912 in Mecklenburg-Schwerin	10
Tab. 3:	Wahlen zur Nationalversammlung 1919/Reichstagswahlen 1920-1933 im Wahlkreis 35 Mecklenburg	12
Tab. 4:	Landtagswahlen in der SBZ am 20. Oktober 1946	14
Tab. 5:	Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern 1990	22
Tab. 6:	Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern 1994	25
Tab. 7:	Ergebnisse der Landtagswahlen 1994 in Mecklenburg-Vorpommern in regionalen und politischen Kontexten	27
Tab. 8:	Ergebnisse der Landtagswahlen 1994 in Mecklenburg-Vorpommern in sozialstrukturellen Kontexten	29

Einleitung

Die Wahlentscheidungen des Jahres 1994 sowie die sich daran anschließenden langwierigen Koalitionsüberlegungen und -verhandlungen verschafften Mecklenburg-Vorpommern vorübergehend bundesweite Aufmerksamkeit in Politik und Publizistik. Diese Präsenz in den überregionalen Medien resultierte jedoch nicht überall aus einem anhaltenden Interesse an Mecklenburg-Vorpommern selbst: Beachtet wurden die Vorgänge im Land zum einen aufgrund des guten Abschneidens der PDS; zum anderen, weil die Entscheidungen der Landes-SPD über den Umgang mit der SED-Nachfolgepartei eine intensive Debatte innerhalb der Bundes-SPD nach sich zogen.

In der vorliegenden Untersuchung wird die Perspektive gewechselt. Der Schwerpunkt liegt auf der Darstellung der Wahlergebnisse in der sich wiederholt verändernden Region seit dem Kaiserreich. Durch die Bündelung verstreuter Informationen sollen die Voraussetzungen für weitere Untersuchungen zu den Themen Wahlen und Wählerverhalten in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen werden. Es wird zu fragen sein, ob es Kontinuitäten in der insgesamt kurzen Wahlgeschichte im 20. Jahrhundert gibt oder ob die Brüche aufgrund der verschiedenen Systemwechsel überwiegen. Weiterhin stellt sich die Frage, ob sich in Mecklenburg-Vorpommern wie auch in einigen anderen neuen Bundesländern dauerhaft ein anderes Parteiensystem als in der alten Bundesrepublik etabliert, ohne die beiden kleinen Parteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen, dafür mit der PDS als dritter Partei neben CDU und SPD.

Aufbau und Gliederung der Studie folgen zunächst der historischen Entwicklung. Der Schwerpunkt liegt auf den Wahlen, die politische Geschichte wird nur am Rande betrachtet. Der Leser findet indessen Literaturhinweise zur Politik in Mecklenburg-Vorpommern. Anschließend werden, ausgehend von einem Vergleich der Landtagswahlen 1990 und 1994, die regionalen Wählerstrukturen seit 1990 dargestellt. Der Anhang enthält weiterführende Tabellen und Zahlenmaterial vor allem zu den Kommunalwahlen von 1990 und 1994.

Verschiedenen Personen und Institutionen sei für ihre Unterstützung gedankt: Prof Dr. Gyula Pápay vom Fachbereich Geschichtswissenschaften der Universität Rostock hat die Karten erstellt, Sven Klüsener die Wahldaten zu den Kreisen und kreisfreien Städten im

Anhang bearbeitet, die Mitarbeiter der Bibliothek des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und das Statistische Landesamt in Schwerin waren uns bei der Materialbeschaffung behilflich.

1. Territoriale Gliederung

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern geht auf drei historische Gebietseinheiten zurück. Bis zur Revolution von 1918/19 bestanden die Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Die kurz vor der Revolution fast vollzogene Vereinigung beider Mecklenburgs kam nicht zustande, beide Gebiete wurden zu Freistaaten der Weimarer Republik (HUBER 1982: 428). Eine parlamentarische Verfassung löste die ständische Herrschaftsordnung ab, die im Unterschied zu anderen deutschen Ländern bis dahin bestanden hatte. Erstmals konnten ab Ende 1918 Landtags- und Kommunalwahlen in beiden Freistaaten stattfinden. Die Nationalsozialisten vereinigten zum 1. Januar 1934 die beiden Mecklenburgs zu dem Gau Mecklenburg-Lübeck. Vorpommern gehörte als Teil der Provinz Pommern zu Preußen.

Mit Befehl vom 9. Juli 1945 richtete die Sowjetische Militäradministration (SMAD) zunächst das Land Mecklenburg-Vorpommern (ohne Stettin und Odermündung) ein. Im Zusammenhang mit der Liquidierung Preußens durch den Alliierten Kontrollrat wurde 1947 die Bezeichnung Vorpommern wieder abgeschafft. Wenige Jahre später wurde das Land Mecklenburg auf Beschluß des Landtages vom 25. Juli 1952 im Zuge der Zentralisierung des Staats- und Verwaltungsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in die Bezirke Neubrandenburg, Rostock und Schwerin aufgeteilt, den Bezirken Schwerin und Neubrandenburg wurden dabei ehemals brandenburgische Teilregionen zugeschlagen. Im Zuge des Umbruchs 1989/90 beschloß die Volkskammer der DDR am 22. Juli 1990, die alten Länder mit wenigen Abweichungen zum 14. Oktober des gleichen Jahres wieder herzustellen. Nach Abstimmungen in den Kreisen Prenzlau, Templin und Perleberg gingen diese Gebiete der ehemaligen Nordbezirke wieder an Brandenburg. Die Bestrebungen, Vorpommern zu einem eigenständigen Bundesland zu machen, blieben damit ebenso ohne Erfolg wie die

unterschiedlichen Vorschläge einer umfassenden Länderneugliederung (RUTZ/SCHERF/STRENZ 1993).¹

2. Wahlgeschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Mecklenburg-Vorpommern weist eine relativ kurze Wahl- und Demokratiegeschichte auf. Bis 1918 waren die beiden Mecklenburgs ständisch verfaßt; die Mecklenburger durften zwar an Wahlen zum Reichstag in Berlin teilnehmen, die Bevölkerungsmehrheit verfügte aber vor 1918 über keine politische Vertretung auf Landesebene. Mehrfach hatten mecklenburgische Liberale Entschlüsse des Reichstags herbeigeführt, die die beiden Großherzogtümer zu einer Änderung der ständischen Verfassung zwingen sollten. Obgleich sich der Bundesrat als Vertreter der Teilstaaten des Deutschen Reiches lediglich zu einer diesbezüglichen Empfehlung durchringen konnte, unterbreiteten die Regenten von Mecklenburg-Schwerin bis 1918 eine Vielzahl von Vorschlägen für eine zaghafte Parlamentarisierung der beiden Großherzogtümer. Sie scheiterten jedoch allesamt am Widerstand entweder der Großherzöge von Mecklenburg-Strelitz oder der Ritterschaft, also in erster Linie der Großgrundbesitzer (VITENSE 1920; HUBER 1982; WIEDEN 1994, KARGE 1995; NICHOLAS 1995).

Das Wahlrecht zum Reichstag, das bereits im Norddeutschen Bund gegolten hatte, knüpfte an das Wahlgesetz der Paulskirche von 1849 an. Mit gewissen Einschränkungen besaß jeder männliche Deutsche ab dem Alter von 25 Jahren das aktive Wahlrecht. Im deutschen Reich stieg die Zahl der Wahlberechtigten bis 1912 auf 22,3% der Gesamtbevölkerung an; sie lag damit höher als bei einigen Landtagswahlen, wo - wie in Preußen - das Wahlrecht an zusätzliche Qualifikationen gebunden war (RITTER 1980: 26). Seit der Aufstellung von Wahlkabinen 1903 war die Geheimhaltung auch in ländlichen Gebieten zunehmend gewährleistet. Bis 1918 wurden die Wahlkreise und ihre Grenzen nicht verändert. Von der Festschreibung der Wahlkreise auf im Schnitt 100.000 Einwohner, basierend auf der Volkszählung von 1864, war Mecklenburg im Unterschied zu den urbanisierten Regionen Deutschlands nicht betroffen.

Mecklenburg war in sieben Wahlkreise untergliedert. Zum Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin gehörten folgende Wahlkreise mit den Nummern: Hagenow-Grevesmühlen (Wkr.

¹ Zusätzlich gab es Gebietsaustausche in geringem Ausmaß bspw. mit Niedersachsen.

348), Schwerin-Wismar (Wkr. 349), Parchim-Ludwigslust (Wkr. 350), Malchin-Waren (Wkr. 351), Rostock-Doberan (Wkr. 352) und Güstrow-Ribnitz (Wkr. 353). Das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz bildete den Wahlkreis 357. Zur Wahl der Abgeordneten war die absolute Stimmenmehrheit erforderlich, ansonsten erfolgte eine Stichwahl. Zum Gebiet des 1990 gebildeten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern gehörten noch die Wahlkreise des Regierungsbezirks Stettin der Provinz Pommern: Demmin-Anklam (Wkr. 57), Ueckermünde-Usedom-Wollin (Wkr. 58) und in Teilen Randow-Greifenhagen (Wkr. 59). Hinzu kamen die Wahlkreise des Regierungsbezirks Stralsund: Rügen-Franzburg-Stralsund Stadt (Wkr. 69) sowie Grimmen-Greifswald (Wkr. 70).

Auf Antrag liberaler mecklenburgischer Abgeordneter war bereits im Norddeutschen Bund 1869 eine Neueinteilung der unübersichtlichen Wahlkreise nach territorialen Gesichtspunkten erfolgt mit dem Ergebnis, „daß die Wahlkreise über die Rittergutsbezirke hinausgingen und nicht mehr so leicht durch die Gutsobrigkeit zu kontrollieren waren“ (KARGE 1995: 680). Da es bis 1918 keine Landtagswahlen gab, beschränkten sich die Aktivitäten der Parteien weitgehend auf die Wahlkampfzeiten zu den Reichstagswahlen. Durch das Nebeneinander von Landes- und Reichsgesetzgebung konnte während des Kaiserreiches „den Großherzögen und den Ständen ein Teil der Legislative genommen und dem Reich übertragen“ werden (JOHN 1995: 688). Die Wahlbeteiligung lag in Mecklenburg in den 1870er Jahren über dem Reichsdurchschnitt. Bis 1878 ergaben die Reichstagswahlen - wie im übrigen Deutschland - eine Dominanz der liberalen Kräfte. Seit den Reichstagswahlen von 1890 geriet die Sozialdemokratie zu einem ernstzunehmenden Gegner für die Konservativen und Liberalen.

1871 waren rund 50% der Bevölkerung in Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft tätig, rund 25% waren in industriellen Betrieben beschäftigt, ca. 10% in Handel und Verkehr. Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen sank bis 1907 auf ca. 44%. Ein weiteres Merkmal der Wählerschaft war der bei über 95% liegende Anteil der Protestanten.

Trotz der agrarischen und ständischen Struktur des Landes erzielte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) gute Ergebnisse. So wurde die SPD 1898 in Mecklenburg-Schwerin mit 38,2% der Stimmen zur stärksten Partei, während sie im Kleinstaat Mecklenburg-Strelitz mit rund 30% der Wählerstimmen drittstärkste Kraft war (FAIT 1990: 104). Damit zeigen sich die für die deutsche Wahlgeschichte typischen Konstellationen in Mecklen-

burg unter folgenden Vorzeichen: Das sozialdemokratische Lager erzielte seit 1890 durchgängig Mehrheiten in den Wahlkreisen Schwerin-Wismar (349) und Rostock-Doberan (352). Dort waren über 50% in Industrie und Gewerbe tätig. Die deutsch-konservative Partei dominierte in Hagenow-Grevesmühlen (348), Güstrow-Ribnitz (353) und Malchin-Waren (351). Bis 1907 lagen die Linksliberalen bzw. die Sozialdemokraten in Parchim-Ludwigslust (359) vorne.

Tab. 1: Ergebnisse der Reichstagswahlen 1871 bis 1912 in Mecklenburg-Strelitz (in %)

	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
WBT	71,6	73,3	75,9	71,2	66,7	61,6	55,5	73,0	74,7	72,8	79,8	85,7	85,9
Kons.	47,9	40,8	46,7	51,7	48,2	55,4	85,9	44,1	52,6	-	-	-	-
Reichsp.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	53,5	40,1	42,5	36,6
Nat.lib.	52,0	59,1	51,8	47,7	51,7	44,1	-	12,8	-	-	-	-	32,7
Lib. Ver.	-	-	-	-	-	-	10,6	32,2	26,4	-	24,9	-	-
DFP	-	-	-	-	-	-	s. Lib. Ver.	s. Lib. Ver.	-	16,1	-	-	s. Lib. Ver.
SPD	-	-	1,5	0,6	-	0,4	2,4	10,8	19,8	29,0	34,1	29,9	30,7
Sonst.	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	1,1	0,1	1,2	1,4	0,9	27,6	0,0

Quelle: RITTER/NIEHUSS 1980: 91.

Tab. 2a: Ergebnisse der Reichstagswahlen 1871 bis 1887 in Mecklenburg-Schwerin (in %)

	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887
Wahlbeteiligung	65,2	70,7	77,1	65,3	63,1	62,0	78,9
Konservative	37,2	34,2	29,9	46,0	47,2	49,0	39,4
Reichspartei (Freikons.)	-	-	-	-	-	-	8,3
Nationalliberale	51,0	40,1	32,3	26,3	26,6	17,1	24,4
Liberale	-	-	7,3	7,0	-	-	-
Liberale Vereinigung	-	-	-	-	18,2	30,7	22,2
Deutsche Fortschrittsp.	6,2	20,5	21,9	18,1	6,5	s. Lib. Ver.	s. Lib. Ver.
Sozialdemokraten	0,7	5,0	8,2	2,5	1,4	3,1	5,6
Sonstige	4,9	0,2	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1

Quelle: RITTER/NIEHUSS 1980: 91.

Tab. 2b: Ergebnisse der Reichstagswahlen 1890 bis 1912 in Mecklenburg-Schwerin (in %)

	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Wahlbeteiligung	80,3	78,0	78,6	83,3	88,4	90,1
Konservative	29,2	35,6	25,1	29,2	30,5	30,1
Reichspartei (Freikons.)	6,4	5,7	4,3	3,3	-	-
Nationalliberale	8,8	7,2	10,0	5,5	12,7	6,7
Liberale	-	-	-	-	-	-
Liberale Vereinigung	29,1	9,8	14,0	14,1	16,3	25,8
Deutsche Fortschrittsp.	s. Lib Ver.	13,0	7,7	6,1	6,2	s. Lib. Ver.
Sozialdemokraten	26,4	28,1	38,2	41,3	34,3	37,4
Sonstige	0,1	0,7	0,7	0,5	0,0	0,0

Quelle: RITTER/NIEHUSS 1980: 91.

Nach den ersten demokratischen Wahlen für mecklenburgische Volksvertretungen 1919 verabschiedeten die Verfassungsgebenden Versammlungen demokratisch-parlamentarische Verfassungen. Da man in Mecklenburg-Strelitz um die Unabhängigkeit des Landes fürchtete, wurde bereits am 29. Januar 1919 ein Landesgrundgesetz beschlossen, das 1922 überarbeitet werden mußte. Der Freistaat Mecklenburg-Schwerin verabschiedete am 17. Mai 1920 eine Verfassung (SCHWABE 1994, 16-28). Vorpommern besaß kein eigenes Grundgesetz; in der Weimarer Republik galt für die Provinz Pommern die Verfassung des Freistaates Preußen.

Mit den Verfassungen wurde die kommunale Selbstverwaltung in den beiden Freistaaten eingeführt. Allerdings begrenzten die geringen Steuereinnahmen während der gesamten Weimarer Republik die Handlungsmöglichkeiten der gewählten Repräsentanten. Häufig kam es zu politischen Wechsellagen: In beiden Staaten wurden zwischen 1918 und 1933 jeweils 14 Regierungen gebildet. 1921 regierte in Mecklenburg-Schwerin erstmals ein sozialdemokratischer Ministerpräsident. Da die vorwiegend sozialdemokratisch organisierte Industriearbeiterschaft sich auf wenige Städte konzentrierte, ist davon auszugehen, daß damals auch ein erheblicher Teil der Landarbeiter die Sozialdemokratie wählte. Anlässlich der Reichstagswahlen von 1920 erzielten SPD (37%) und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) (9,7%) ein gutes Ergebnis, von 1919 bis 1930 war die SPD sogar bei allen

Reichstagswahlen in Mecklenburg die stärkste Partei. Schon bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 zeigte sich jedoch ein starkes Wählerpotential für radikale Gruppen:² die SPD (26,9%) verlor rund 10 Prozentpunkte, während die antiparlamentarischen Parteien wie die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) (26%), die Deutsch-Völkische Freiheitspartei (DVFP) (20,8%) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) (10,9%) Zugewinne verzeichneten. Bei den folgenden Reichs- und Landtagswahlen blieb die KPD in beiden Mecklenburgs unter 10%; bei der Reichstagswahl vom 6. November 1932 erreichte sie 11,7%. 1922 entstanden erste Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) im Nordwesten Mecklenburgs, sie wurden Ende 1922 bzw. 1923 verboten, im März 1924 jedoch wieder zugelassen (BEHRENS 1995: 23).

Auch wenn sich die Regierungsparteien der Weimarer Republik zwischenzeitlich erholen konnten und die SPD 1928 sogar 41,7% erzielte, bekam die NSDAP bei den Juliwahlen 1932 zum Reichstag in Mecklenburg 44,8% der Stimmen. Bei den Wahlen zum Siebten Ordentlichen Landtag von Mecklenburg-Schwerin am 5. Juni 1932 erhielt die NSDAP sogar 49%. In Mecklenburg-Strelitz nahmen die Nationalsozialisten 1932 erstmals an den Landtagswahlen teil, erreichten aber „nur“ 23,4 % (FALTER/LINDENBERGER/SCHUMANN 1986: 98f.). Während die Nationalsozialisten in Mecklenburg-Schwerin schon ab Mitte 1932 allein regierten, waren sie in Mecklenburg-Strelitz auf eine Koalition mit der DNVP angewiesen. Seit 1932 erzielte die NSDAP bei Reichstagswahlen die höchsten Stimmanteile in Nordostdeutschland, d.h. in den Wahlkreisen Mecklenburg (Wkr. 35), Pommern (Wkr. 6) und Ostpreußen (Wkr. 1). Nordostdeutschland machte 8% der Wahlberechtigten des Deutschen Reiches aus (Falter 1991: 156). In Mecklenburg rekrutierten sich die NSDAP-Wähler mehrheitlich aus den ländlichen Bevölkerungsschichten der Gemeinden und Landstädte mit weniger als 5.000 Einwohnern. Diesem dörflichen und kleinstädtischen Milieu entstammten rund 63% der NSDAP-Wählerschaft in Mecklenburg-Schwerin. Auch die Mandatsträger der NSDAP im Landtag kamen mehrheitlich aus mittelständischen Schichten und waren 35 Jahre alt oder jünger (URBSCHAT 1995: 325f.)

Das Wählerverhalten in den seit 1945 zu Mecklenburg gehörenden Gebieten Vorpommerns läßt sich aufgrund der späteren Trennung der Gebiete nur schwer rekonstruieren. Jedoch waren die linken Arbeiterparteien deutlich schwächer als in Mecklenburg, während die

² Ab den Reichstagswahlen von 1924 wurden die beiden Staaten mit Lübeck zum Wahlkreis 35 zusammengefaßt, s. FALTER/LINDENBERGER/SCHUMANN 1986: 63.

NSDAP bei den Märzahlen 1933 mit 56,3 % ihr zweitbestes Ergebnis nach Ostpreußen erreichte (FAIT 1990: 106f.).

Mit der Gleichschaltung im „Dritten Reich“ wurden die kommunale Selbstverwaltung aufgehoben und die Ämter in Kreise umbenannt. Unter anderem als Folge der verstärkten Rüstungs- und Flugzeugproduktion in Mecklenburg, die mit den zunächst in Schwerin ansässigen Fokker-Werken bereits auf die Zeit des Ersten Weltkrieges zurückreichte, ging die Arbeitslosigkeit bis 1937 stark zurück. Die Mitgliedschaft in der NSDAP stieg von 16.366 am 30. Januar 1933 (1930 = 1.826) auf 39.455 Mitglieder im Jahr 1935 (ERICHSEN 1995: 478). Bis 1925 hatte die Partei in den ländlichen Gebieten nur vergleichsweise wenige Mitglieder, zwischen 1930 und 1933 nahm die Mitgliedschaft unter den Bauern stark zu und lag mit 19,8% über dem Reichsdurchschnitt von 12,6% (BEHRENS 1995: 181f.). Die Partei war im Nordwesten gewachsen und fand - wie die Arbeiterparteien - in Mecklenburg-Strelitz einen geringeren Zuspruch. Den stärksten Zulauf hatte die Partei Anfang der 30er Jahre im bäuerlichen Mittelstand. Die nationalsozialistische Agitation und Siedlungspolitik zielte besonders auf die Landbevölkerung, wobei die Person des Gauleiters Friedrich Hildebrandt, ein früherer Landarbeiter, eine wichtige Rolle spielte.³

Tab. 3: Wahlen zur Nationalversammlung 1919/Reichstagswahlen 1920-1933 im Wahlkreis 35 Mecklenburg (in %)

	1919	1920	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I	1932 II	1933
WBT	87.0	87.2	80.0	81.4	78.1	82.6	83.9	82.6	88.8
KPD	-	1.0	10.9	6.0	5.6	8.6	9.4	11.7	7.4
SPD	49.7	37.0	26.9	34.2	41.7	35.2	31.3	30.5	26.5
DDP (DStP)	30.4	9.5	5.0	5.9	3.4	2.7	0.9	0.7	0.5
Zentrum	-	0.3	0.6	0.8	0.7	0.7	1.2	0.9	0.8
DVP	4.4	15.8	7.9	10.6	9.4	6.6	1.7	2.3	1.3
DNVP	13.1	20.6	26.0	26.6	16.3	10.6	9.5	15.3	14.9
NSDAP	-	-	-	-	2.0	20.1	44.8	37.0	48.0
DVFP	-	-	20.8	11.9	-	-	-	-	-
WP	-	-	-	-	7.7	15.5	-	-	-
Sonst.	2.4	6.1	1.9	4.0	13.2	-	1.2	1.6	0.6

Quelle: FALTER/LINDENBERGER/SCHUMANN 1986: 67-75.

³ Zur Spezifik des Verhältnisses von Landbevölkerung und Nationalsozialismus siehe die zeitgenössische Untersuchung von Rudolf HEBERLE (1963) über Schleswig-Holstein und die Replikation von SAHNER (1972).

3. Die Landtagswahlen von 1946 in Mecklenburg-Vorpommern

Bei den Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 handelte es sich bis 1990 um die einzigen halbwegs freien Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der späteren DDR, wenn man von einigen kommunalen Nachwahlen der Jahre 1948/49 absieht. Mit größeren Einschränkungen gilt dies für die ersten Gemeindewahlen, die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zwischen dem 1. und 15. September 1946 stattfanden, sowie für die zeitgleich mit den Landtagswahlen durchgeführten Kreistagswahlen, da die Liberaldemokratische Partei (LDP) und die Christlich Demokratische Union (CDU) nicht in allen Kreisen Kandidaten aufbieten konnten und die Wahlwerbung für diese Parteien eingeschränkt war. So konnten „die LDP lediglich in 65, die CDU nur in 230 von zusammen 2.300 Orten mit der Einheitspartei um Wählerstimmen konkurrieren“ (BRAUN 1986: 342). Unter dem Gesichtspunkt historischer und regionaler Wahlforschung sind diese Wahlen interessant, weil sie - wenn auch mit erheblichen Einschränkungen - einen Vergleich mit den Wahlen der Weimarer Republik und mit denen ab 1990 zulassen.

Wahlforscher haben festgestellt, daß das Gebiet der späteren DDR zu Zeiten der Weimarer Republik „eher rot“ war (SCHMITT 1994: 186). Bei den Reichstagswahlen von 1928 hatten SPD und KPD gemeinsam 49% der Stimmen erzielt, auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland dagegen 35%. In Mecklenburg lagen SPD (41,7%) und KPD (5,6%) damals bei 47,3%. Allerdings deuteten die Verluste im linken Lager bei den folgenden Wahlen besonders in Mecklenburg auf eine Erosion der sozialdemokratischen Wählerschaft hin.

Die Wahlordnungen von 1946 orientierten sich am demokratischen Wahlrecht der Weimarer Republik. Ein wichtiger Unterschied bestand darin, daß nicht nur Parteien teilnehmen konnten, sondern auch gesellschaftliche Organisationen. Neben den drei zugelassenen Parteien Christlich Demokratische Union (CDU), Liberaldemokratische Partei Deutschlands LDP und Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) kandidierten die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), der Kulturbund (KB) und die Frauenausschüsse (FA). Wahldemographisch relevant waren die vielen Flüchtlinge und Umsiedler sowie der hohe Frauenanteil. Dadurch verdoppelte sich die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns unmittelbar nach dem Krieg, gleichzeitig wuchs der Anteil der Katholiken auf 14,3% (1946). Etwa 15% der

erwachsenen Bevölkerung war wegen Mitgliedschaft in der NSDAP bei den Wahlen ausgeschlossen (SCHWABE 1996: 51).

Besonders die SED führte den Wahlkampf mit großer Intensität und verfügte über wesentlich mehr Propagandamittel als die beiden anderen Parteien. Im Wahlkampf gab sich die CDU als Vertreterin der konfessionell gebundenen Wähler zu erkennen, die LDP griff die Frage einer freien Wirtschaft auf, während die SED die Entnazifizierung in den Vordergrund stellte. Ein Rückblick auf den Wahlkampf und die Landtagswahl zeigt (SCHWABE 1996: 37f.), daß die SED noch nicht vom Aufbau des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild sprach. Sie propagierte die „Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Republik, eines deutschen Friedensstaates“.

Mit 93% bei den Gemeinde- und 91% bei den Landtagswahlen war die Wahlbeteiligung hoch. Die SED ging aus allen drei Wahlgängen als Sieger hervor: bei den Gemeindewahlen erreichte sie in der gesamten SBZ 57,1% (M-V=69,6%), bei den Kreistagswahlen 50,1% (M-V=54,0%) und bei den Landtagswahlen 47,6% (M-V=49,5%). Bei den Landtagswahlen erzielte sie damit das vergleichsweise niedrigste Ergebnis aller drei Abstimmungen (RITTER/NIEHUSS 1991: 148f.).

Tab. 4: Landtagswahlen in der SBZ am 20. Oktober 1946 (in %)

	Mecklenburg- Vorpommern	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Brandenburg	SBZ insg.
WBT	90,0	92,5	91,6	87,5	91,5	91,0
ungültig	5,5	6,5	5,8	4,4	4,6	5,6
SED	49,5	49,1	45,8	49,3	43,9	47,6
LDP	12,5	24,7	29,9	28,5	20,6	24,6
CDU	34,1	23,3	21,8	18,9	30,6	24,5
VdgB	3,9	1,7	2,5	3,3	4,9	2,9
Frauenaussch.	—	0,6	—	—	—	0,2
Kulturbund	—	0,6	—	—	—	0,2

Quelle: RITTER/NIEHUSS 1991, S. 149.

Bemerkenswert bleibt, daß die SED in allen drei Wahlgängen des Jahres 1946 ihr jeweils bestes Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern erreichte; für die Kreistags- (31,0%) und die Landtagswahlen (34,1%) gilt dies auch für die CDU, die bei den Gemeindewahlen einen

Monat zuvor (15.9.1946) noch bei 16,7% gelegen hatte. Als Erklärungen für den Erfolg der SED lassen sich die Bodenreform anführen sowie die Hoffnungen der aus dem Osten zugewanderten Neubürger auf soziale Verbesserungen. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß die SED in der gesamten SBZ mit 48,0% in den Landkreisen mehr Wähler mobilisieren konnte als mit 46,9% in den Stadtkreisen (BRAUN 1986: 347). Die LDP erzielte in Mecklenburg-Vorpommern ihre mit Abstand schlechtesten Stimmenergebnisse des Jahres 1946 in den Ländern und Provinzen der SBZ.

Als Erklärung für das vergleichsweise gute Abschneiden der CDU werden u.a. der hohe Frauenwähleranteil und die katholischen Umsiedler erwähnt (BRAUN 1990: 386). Erstaunlich ist ein weiteres Faktum: die CDU schneidet im Westen des Landes besser ab als in Vorpommern, was sich, wie später noch zu zeigen sein wird, von den Wahlergebnissen seit 1990 deutlich unterscheidet. Als Gründe werden der Einfluß „westlicher“ Medien bzw. eine stärkere Unterstützung der CDU und LDP in den westwärts gelegenen Gebieten genannt. Die Frage, ob ehemalige NSDAP-Wähler nun zu dem von der LDP und der CDU repräsentierten Lager zurückkehrten, läßt sich auch aufgrund der starken Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung nicht eindeutig beantworten.

Die Verfassung des Landes Mecklenburg trat am 16. Februar 1947 in Kraft. An dem kurzen Prozeß der Verfassungsberatung und an ihrer Verabschiedung waren vor allem SED und CDU beteiligt; CDU und LDP konnten Abänderungsvorschläge einreichen. Wenn man von einer ausgeprägten Gewaltenkonzentration und weitreichenden staatlichen Kompetenzen in der Wirtschaft absieht, steht sie durchaus in der Kontinuität deutscher Verfassungstraditionen (SCHWABE 1994: 29-46).⁴ In der bis Oktober 1950 andauernden Legislaturperiode gab es offen ausgetragene Debatten und unterschiedliche Demokratievorstellungen. Dies lag auch daran, daß die SED nicht homogen war, sondern daß Kommunisten und Sozialdemokraten unterschiedliche politische Vorstellungen besaßen (MÜLLER 1996: 264ff.).

Kompetitive Wahlen fanden in der Folgezeit nicht mehr statt. Die 1948 fälligen Gemeindevahlen wurden mehrfach verschoben und schließlich wie die Kreistags- und Landtagswahlen gemeinsam mit den Wahlen zur Volkskammer und zu den Stadtverordnetenversammlungen am 15. Oktober 1950 durchgeführt (MÜLLER 1996: 266). Im Vorfeld der sog. Volkswahlen

⁴ Text der Verfassung von 1947 in: Büro des Landtages [1947].

von 1950 erfolgte die Gründung eines zentralen „demokratischen Blocks“. Mitgliedern von LDP und CDU wurde vorgeworfen, die Führungsrolle der Sowjetunion in Frage zu stellen. Zu den Gleichschaltungsprozessen in den noch verbleibenden bürgerlichen Parteien heißt es in der „Geschichte der Landesparteiorganisation der SED“: „Am 20. Februar 1950 verurteilte der Landesblock einstimmig doppelzünglerische, volksfeindliche Kräfte unter namentlicher Nennung und begrüßte ihre Entfernung durch die CDU und die LDPD als Festigung des gegenseitigen Vertrauens im Block“ (BEZIRKSLEITUNGEN 1986: 481). Die ersten „Volkswahlen von 1950“ nach Gründung der DDR werden in dieser offiziellen Darstellung als wichtiger Schritt bei der „vollständigen Herausbildung der Arbeiter- und Bauern-Macht und der Festigung der DDR als Friedensstaat“ bezeichnet (516).

Als Folge der vielen Abstimmungen 1950 kandidierten fast 20.000 Frauen und Männer in Mecklenburg (KARGE/MÜNCH/SCHMIED 1993: 178). Den Wahlen waren „Säuberungsaktionen“ auch innerhalb der SED vorausgegangen. Die Sitzverteilung im Zweiten Landtag, die durch die Einheitslisten der „Nationalen Front“ bereits vor der Abstimmung weitgehend festgelegt war, sah folgendermaßen aus: SED 18, CDU 12, LDP 11, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) 10 sowie acht weitere Parteien und gesellschaftliche Organisationen, die im Schnitt fünf Mandate erhielten. Der Landtag sollte nicht mehr lange bestehen. Am 25. Juli 1952 wurde das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Lande Mecklenburg“ verkündet, was zur Auflösung des Landtages und am 1. August 1952 zur Gründung der Bezirke Neubrandenburg, Rostock und Schwerin führte.

4. Die Wahlen des Jahres 1990

Auf der Grundlage der Verwaltungsgliederung der DDR erfolgten in den Jahren bis 1989 die Wahlen zu Bezirkstagen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen. Die Mandatsverteilung basierte auf einem sich wiederholenden Schlüssel, der die Blockparteien⁵ und gesellschaftlichen Organisationen berücksichtigte (STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN 1996a: 72/73).

⁵ Zur Entwicklung der Parteien in der DDR s. die Beiträge in BROZAT/WEBER (HRSG.) 1990. S. auch WEBER 1996; SUCKUT 1996; ZEIDLER 1996.

Zu Zeiten der DDR wurde dieses Abstimmungsritual vollends bloßgestellt durch den Nachweis der Wahlfälschungen anlässlich der Kommunalwahlen im Mai 1989. Die Oppositionsbewegung verzeichnete von nun an einen stetigen Zulauf, und ab Oktober 1989 fanden die Bürgerbewegungen auch in den drei Nordbezirken eine zunehmende Resonanz, die sich in großen Demonstrationen z.B. in Rostock und Schwerin manifestierte (PROBST 1993; SCHMIDTBAUER 1996; DER LANDESBEAUFTRAGTE 1994). Nach der friedlichen Revolution des Jahres 1989 stand den Noch-DDR-Bürgern für 1990 ein wahrer Wahlmarathon bevor: Im Januar 1990 wurden durch den Runden Tisch die Termine für die Volkskammerwahl (18. März) und die Kommunalwahlen (6. Mai) festgelegt, am 14. Oktober folgten die Landtagswahlen, am 2. Dezember schließlich die Bundestagswahl.

Gemäß dem „Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik“⁶ vom 20. Februar 1990 galt ein reines Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel, Wahlkreise waren die 15 Bezirke der DDR. Neben Parteien wurden auch „andere politische Vereinigungen und Listenvereinigungen“ (§5) zur Wahl zugelassen (vgl. auch FALTER 1992; JESSE 1994).⁷ Während diese beiden wahlrechtlichen Regelungen den Bürgerbewegungen entgegenkamen, bedeutete der frühe Wahltermin für sie einen eindeutigen Nachteil sowohl gegenüber CDU, DSU, den Liberalen und SPD, die im Wahlkampf durch ihre westdeutschen Schwesterparteien unterstützt wurden, als auch gegenüber der in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) umbenannten SED mit ihrem Organisationsvorsprung. In Rostock beispielsweise traten auf Wahlkampfveranstaltungen der entsprechenden Parteien bzw. Listen der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Helmut Kohl (9. März 1990), der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt (17. März 1990) und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher von der FDP (3. März 1990) auf (SCHMIDTBAUER 1991a). Der Wahlkampf war bestimmt von der Frage nach der Art und dem Zeitpunkt der deutschen Vereinigung, weshalb die Wahlen auch als Plebiszit über die Frage der deutschen Einheit gedeutet wurden (EITH 1997).

Auf dem Gebiet des späteren Mecklenburg-Vorpommern reproduzierte sich mit einigen bemerkenswerten Abweichungen das DDR-Gesamtergebnis. Eine hohe Wahlbeteiligung

⁶ Abgedruckt in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 21. Jg. (1990), S. 42-55.

⁷ Am 21. Februar 1990 wurde von der Volkskammer auch ein Parteiengesetz verabschiedet, siehe ebd., S. 55-61.

mit 92,9% (DDR: 93,2%) zeugte von der Bedeutung der Wahl. Die „Allianz für Deutschland“ aus CDU, Deutscher Sozialer Union (DSU) und Demokratischem Aufbruch (DA) schnitt mit 39,3% am besten ab, diesen ersten Platz hätte die CDU mit 36,3% auch allein erreicht (DDR: Allianz: 48%, CDU 40,8%). Zweitstärkste Partei war in Mecklenburg-Vorpommern (23,4%) wie in der DDR insgesamt (21,9%) die SPD, im Norden der DDR allerdings nur mit ganz knappem Vorsprung vor der PDS, die hier nach Ostberlin mit 22,8% ihr bestes Ergebnis im DDR-Vergleich erzielte (DDR: 16,4%). Die agrarische Strukturierung des Nordens der DDR offenbarte sich im guten Abschneiden der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD): die Partei erzielte hier 4,9% (DDR: 2,2%). Der Bund Freier Demokraten (BFD), ein Wahlbündnis aus den Neugründungen Freie Demokratische Partei (FDP), Deutsche Forumpartei (DFP) und der Blockpartei LDP errang in Mecklenburg-Vorpommern nur 3,6% (DDR: 5,3%). Das Bündnis 90, zu dem sich das Neue Forum (NF), Demokratie Jetzt (DJ) und die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) zusammengeschlossen hatten, erreichte im späteren Mecklenburg-Vorpommern 2,4%, die Grüne Partei in einer Listenverbindung mit dem Unabhängigen Frauenverband (UFV) 2,2% der abgegebenen Stimmen (DDR: Bündnis 90: 2,9%; Grüne/UFV: 2%). 49 der insgesamt 400 Volkskammerabgeordneten kamen aus den drei Nordbezirken (CDU 18, DSU 1, PDS 12, SPD 12, DBD 3, BFD 2, NF 1) (VERWALTUNG DER VOLKSKAMMER 1990).

Dieses Wahlergebnis stellte für viele Beobachter eine große Überraschung dar, war doch allgemein damit gerechnet worden, daß die SPD im ehemals roten Osten an ihre Erfolge aus der Weimarer Republik anknüpfen und stärkste Partei werden könnte. Entsprechend wurde nach der Wahl vermutet, daß dieses Ergebnis nicht über zukünftige Entwicklungen der politischen Landschaft Ostdeutschlands Auskunft geben könne (ROTH 1990; GIBOWSKI 1990: 22/23). Schon bei den folgenden Wahlen des Jahres 1990 und auch noch vier Jahre später offenbarte sich jedoch ein erstaunliches Maß an Kontinuität der Wahlentscheidungen.

Ein Vergleich verschiedener Wahlebenen gestaltet sich generell schwierig. Ganz besonders gilt dies für die Gegenüberstellung der Ergebnisse von Kommunalwahlen und Wahlen auf Bundes- und Landesebene (KEVENHÖRSTER 1977). Festzuhalten bleibt aber, daß die Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 in der Summe keine extremen Veränderungen im

Vergleich zum Ergebnis der Volkskammerwahlen zeitigten. Die Wahlbeteiligung lag in Mecklenburg-Vorpommern bei 72,4%. Hier behauptete sich die CDU als stärkste Partei (27,8%) vor SPD (20,6%) und PDS (19%). Regionale Besonderheiten, die schon bei der Volkskammerwahl zutage traten, bestätigten sich in den Kommunalwahlen, wie auch in den folgenden Wahlen des Jahres 1990. Das spätere Mecklenburg-Vorpommern umfaßte 1990 sechs kreisfreie Städte und 31 Landkreise. Die CDU erzielte ihre besten Ergebnisse im ländlichen Raum und in den Städten Greifswald und Stralsund, die SPD erreichte lediglich in der Stadt Wismar und den Kreisen Gadebusch und Prenzlau über 30% der Stimmen. Die PDS wurde in der Stadt Neubrandenburg (30,5%) und im Kreis Strasburg (22,1%) stärkste Partei. Neben dem guten Abschneiden auch in den beiden anderen ehemaligen Bezirkshauptstädten Schwerin (22,9%) und Rostock (22,8%) fällt besonders ihr Ergebnis im Kreis Ueckermünde ins Auge (26,9%). Hier erzielt auch der BFD mit 30% ein hervorragendes Ergebnis (M-V: 6,4%). Das Ergebnis dieser Wahl belegt die Bedeutung der DBD. Bei insgesamt 6,3% erringt die Partei in vier Kreisen mehr als 14% (Gadebusch [17,2%], Stralsund [21%], Wismar [15,4%] und Greifswald [15%]) (LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN 1990). Für Bündnis 90, Neues Forum und Grüne ist eine Landesbilanz schwierig, da die Listenverbindungen von Kreis zu Kreis bzw. von Stadt zu Stadt differierten. In den meisten Kreisen bzw. Städten konnten diese Gruppierungen Vertreter in die entsprechenden Parlamente entsenden, wie auch in vielen Kommunen freie Wählervereinigungen Mandate erringen konnten.

Von besonderer Bedeutung für die zukünftige Struktur des Parteiensystems und der politischen Landschaft in Mecklenburg-Vorpommern erwies sich die Landtagswahl am 14. Oktober 1990. Elf Tage nach der deutschen Einheit am 3. Oktober, 44 Jahre nach den letzten Landtagswahlen waren ca. 1,4 Mio. wahlberechtigte Bürger aufgerufen, die 66 Abgeordneten des neukonstituierten Bundeslandes zu wählen. Neben zwei Einzelbewerbern kandidierten 15 Parteien bzw. Listenverbindungen (GEMEINSAMES STATISTISCHES AMT [1990]: 5). Die Wahlbeteiligung lag mit 64,8% erheblich unter dem Wert der Volkskammerwahl. Im Ergebnis dieser Wahl zeigte sich, daß auf der Wählerebene im Vergleich zur Volkskammerwahl keine völlige Umorientierung stattgefunden hatte. Ohne der weiter unten folgenden Analyse der Wählerstrukturen dieser Wahl und dem Vergleich zur Landtagswahl 1994 vorzugreifen, kann für die großen Parteien eine zunächst

überraschende Konstanz festgestellt werden. Die CDU konnte ihr Ergebnis vom 18. März leicht ausbauen (38,3% der Zweitstimmen), wozu auch der Zusammenschluß mit dem DA und vor allem mit der im ländlichen Bereich verankerten DBD beigetragen haben dürfte (HAUNGS 1992). Etwas stärker legte die SPD zu (27%). Die PDS (in Listenverbindung mit dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands, den Nelken, der Freien Deutschen Jugend und der Marxistischen Jugendvereinigung „Junge Linke“), der einige Auguren nach der Grundentscheidung der Volkskammerwahl 1990 für die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein baldiges Ende prophezeit hatten, konnte mit 14,2% der abgegebenen Stimmen immer noch ein beachtliches Ergebnis erzielen. Die „neue“ FDP aus LDP, der schon vorher die NDPD beigetreten war, DFP und FDP der DDR zog mit 5,5% in den neuen Landtag ein. Von den 33 zu vergebenden Direktmandaten sicherte sich die CDU 29, die SPD konnte nur in vier Wahlkreisen die Mehrheit der Erststimmen erzielen (Rostock I, II, III, Wismar).

Als folgenreich erwies sich die Entscheidung der verschiedenen aus der Bürgerbewegung hervorgegangenen Gruppen, getrennt anzutreten. So stellten sich Neues Forum, die Grüne Partei und ein nunmehr anders als zur Volkskammerwahl im März zusammengesetztes Bündnis 90 (DJ, IFM, UFV, Vereinigte Linke [VL]) in Mecklenburg-Vorpommern einzeln zur Wahl. Für die Landtagswahlen galt aber wie in den anderen Bundesländern und bei den Bundestagswahlen die Fünfprozent-Sperrklausel.⁸ Die Folge war das Scheitern aller drei Formationen an dieser Hürde; in Mecklenburg-Vorpommern waren damit als einzigem neuen Bundesland die in der Öffentlichkeit mit der Bürgerbewegung und DDR-Opposition verbundenen Gruppen nicht im Landtag vertreten. Obgleich diese Entwicklung schon nach der Volkskammerwahl absehbar war und nur durch ein gemeinsames Antreten hätte vermieden werden können (zusammen erreichten die drei Listen 9,3% der Zweitstimmen), war beispielsweise den in dieser Frage bestimmenden Teilen des Neuen Forums die Eigenständigkeit und Abgrenzung zu ideologisch eher linksorientierten Gruppen offensichtlich wichtiger als das die Erringung von Abgeordnetenmandaten (PROBST 1993, 67-71). Auch für sie traf das häufig zitierte Diktum von Hubertus Knabe zu: „Sie sind kulturorientiert statt machtorientiert, basisdemokratisch statt zentralistisch, reaktiv statt offensiv; (...).“ (KNABE 1990: 23) Die weitreichenden

⁸ Es galt das Gesetz über die Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik (Länderwahlgesetz) vom 22. Juli 1990, geändert am 30. August 1990.

Folgen zeigten sich schon bald in den äußerst schwierigen Mehrheitsverhältnissen, die die parlamentarische Szenerie des Landes bis heute prägen.

Das Ergebnis der Landtagswahl 1990 resultierte auf parlamentarischer Ebene in einem Vierparteiensystem, wobei zunächst eine Pattsituation zwischen CDU (29 Mandate) und FDP (4) einerseits und SPD (21) und Linke Liste/PDS (12) andererseits entstanden war. Nach dem Ausscheiden eines Abgeordneten aus der SPD-Fraktion und seinem späteren Übertritt zur CDU ergab sich eine knappe Mehrheit für eine christlich-liberale Koalition, die trotz vielfältiger Probleme und einem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten von Alfred Gomolka zu Berndt Seite im Jahr 1992 bis zum Ende der Legislaturperiode Bestand hatte (SCHMIDT/WERZ 1994; GOMOLKA 1995).

Die Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 brachte für das Kräfteverhältnis in Mecklenburg-Vorpommern kaum nennenswerte Veränderungen. Das Land war in neun Bundestagswahlkreise aufgeteilt. Acht der in Mecklenburg-Vorpommern zu vergebenden Direktmandate für den deutschen Bundestag sicherten sich Bewerber der CDU, lediglich ein Direktmandat ging an die SPD (Wahlkreis 265 Hansestadt Rostock). Bei den Zweitstimmen konnten CDU (41,2 %) und FDP (9,2 %) im Vergleich zur Landtagswahl zulegen und profitierten damit offensichtlich vom günstigen Meinungsklima für die in Bonn regierende Koalition, SPD (26,5 %) und PDS (14,3 %) blieben weitgehend stabil. Über die Landesliste zogen von der SPD weitere drei, von der PDS zwei Bewerber und von der FDP und den Grünen je ein Kandidat in den Bundestag ein. Damit entsandte Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 16 Abgeordnete in den ersten gesamtdeutschen Bundestag.

Tab. 5: Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern 1990 (in %)

	Volkskammerwahl* 18. März 1990	Kommunalwahl 6. Mai 1990	Landtagswahl 14. Okt. 1990 (Zweitstimmen)	Bundestagswahl 2. Dez. 1990 (Zweitstimmen)
WBT	92,9	72,4	64,8	70,9
CDU	36,3	27,8	38,3	41,2
SPD	23,4	20,6	27,0	26,5
PDS	22,8	19,0	15,7	14,3
Liberale/F.D.P.	3,6	6,4	5,5	9,2
Die Grünen**	2,0	2,2	4,2	-
Bündnis 90***	2,4		2,2	5,9
Neues Forum	-		2,9	-
Sonstige	9,5	24,0	4,2	3,0

*Gebiet des späteren Mecklenburg-Vorpommern ohne Berücksichtigung der Gebietsaustausche mit Brandenburg (1992) und Niedersachsen (1993).

**Volkskammerwahl: Listenverbindung Grüne und UFV.

***Volkskammerwahl: NF/DJ/IFM; Landtagswahl: DJ/IFM/UFV/VL; Bundestagswahl: Bündnis 90/Die Grünen (Grüne, DJ, IFM, NF, UFV).

Quellen: STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN 1996b: 112; RITTER/NIEHUSS 1991: 125; GEMEINSAMES STATISTISCHES AMT [1990]: 10.

5. Die Wahlen des Jahres 1994

Das „Superwahljahr“ 1994 begann in Mecklenburg-Vorpommern mit den Europa- und Kommunalwahlen und der Abstimmung über die neue Landesverfassung am 12. Juni. In der für die neuen Bundesländer ersten Europawahl, einer typischen „Nebenwahl“ (ROTH 1989: 47), kristallisierten sich in Mecklenburg-Vorpommern einige Besonderheiten in exemplarischer Form heraus, die in Ansätzen schon 1990 zu beobachten waren. Bei einer vergleichsweise niedrigen Wahlbeteiligung von 64,7% konnte sich die Landes-CDU trotz einer ungünstigen Ausgangsposition mit 33,6% der Stimmen erstaunlich gut behaupten. Als sensationell empfunden wurden die Ergebnisse von PDS und FDP. Die PDS legte im Vergleich zu den Landtags- und Bundestagswahlen des Jahres 1990 um über zehn Prozentpunkte zu und überflügelte mit 27,3% der abgegebenen Stimmen die Landes-SPD (22,5%). Die FDP rutschte mit 2,3% deutlich unter die Fünfprozenthürde. Bündnis 90/Die Grünen erreichten 4,8% und konnten somit auf einen Wiedereinzug in den Land-

tag am 16. Oktober hoffen. Deutlich wurde damit anlässlich dieser Wahl sowohl die gefestigte Position der CDU im Land als auch die starke Stellung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, die, aufbauend auf einem offensichtlich festen Wählerstamm, die wachsende Unzufriedenheit mit den sozialen und psychologischen Begleiterscheinungen der deutschen Einheit in Stimmen ummünzen konnte. Die SPD mußte sich von ihren Hoffnungen auf einen stetigen Stimmenzuwachs im Land verabschieden und stand fortan vor dem Problem des Umgangs mit der PDS. Die FDP im Land mußte erkennen, daß eine dauerhafte Etablierung in diesem Bundesland auch bei günstigeren Rahmenbedingungen schwer fallen würde, während beim Bündnis 90/Die Grünen die Bedeutung der strategischen Versäumnisse von 1990 noch einmal deutlich wurde. Mecklenburg-Vorpommern ist seither durch den ehemaligen Ministerpräsidenten Alfred Gomolka (CDU) und Heinz Kindermann (SPD) im Europäischen Parlament vertreten.

Die Kommunalwahlen fanden im Vergleich zu 1990 unter gewandelten Rahmenbedingungen statt, da mit dem Wahltag die Kreisgebietsreform in Kraft trat. Mecklenburg-Vorpommern verfügt seither über 12 Landkreise und sechs kreisfreie Städte (Greifswald, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin, Stralsund, Wismar). Auch bei diesem Wahlgang konnte die PDS im Vergleich zu 1990 mit einem Gesamtergebnis von 24,3% beträchtlich zulegen und wurde im Landkreis Rügen sowie in den Städten Rostock, Schwerin und Neubrandenburg stärkste Partei. Die SPD verbesserte sich um fünf Prozentpunkte auf 25,6%, stellt jedoch lediglich in der Hansestadt Wismar und im Landkreis Nordwestmecklenburg die stärkste Fraktion in den Kommunalparlamenten. Besonders beeindruckend ist dabei das Ergebnis der Partei in Wismar, wo sie sich im Vergleich zu 1990 um 14,4 Prozentpunkte auf 48,8% verbessern konnte, was nicht zuletzt ein Verdienst der alten und neuen Oberbürgermeisterin Rosemarie Wilcken sein dürfte. Die CDU legte um 2,8 Prozentpunkte auf 30,6% zu und ist nun in 12 Landkreisen bzw. Städten nach Prozenten stärkste Partei auf kommunaler Ebene.⁹ Die FDP entsendet bei einem Verlust von einem Prozentpunkt mit 5,4% im Landesergebnis insgesamt 38 Vertreter in die kommunalen Parlamente, Bündnis 90/Die Grünen bei insgesamt 4,2% lediglich 25. Insgesamt konnte bei dieser Wahl ein Konzentrationsprozeß im Vergleich zu 1990 beobachtet werden: Andere Parteien als die genannten, Wählergruppen oder Einzelbewerber stellen mit insgesamt 9,9% der abgegebenen Stimmen nurmehr 43 kommunale Abgeordnete.

⁹ Im Kreistag des Landkreises Ludwigslust verfügen sowohl CDU als auch SPD über 16 Sitze (PDS: 10), im Kreistag von Rügen haben CDU und PDS je 14 Sitze (SPD: 7).

Ein Vergleich der Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1990 und 1994 zeigt, daß es besonders in den kreisfreien Städten zu Veränderungen kam. In Schwerin und Rostock konnte die PDS rund zehn Prozentpunkte zulegen, womit sie dort und in Neubrandenburg an der Spitze liegt. Auffällig ist die Gleichförmigkeit des Abschneidens der PDS in Rostock und Schwerin. In Rostock liegt sie in allen zehn Wahlbereichen vorne, jeweils gefolgt von der SPD und der CDU an dritter Stelle. In Schwerin gewinnt sie sechs Wahlbereiche, in den drei übrigen liegt die SPD knapp vorne, während die CDU dort überall den dritten Platz einnimmt. Die CDU kann bei den Kommunalwahlen Zugewinne in Greifswald (40,7%) und in Neubrandenburg verzeichnen. In Stralsund bleibt sie trotz leichter Verluste stärkste Partei, gefolgt von der PDS, die 1994 die SPD überholt hat.

Der Entscheid über die neue Landesverfassung, die am 14. Mai 1993 als vorläufige Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom Landtag verabschiedet worden war (Verkündung des Gesetzes über das Inkrafttreten: 23. Mai) (LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN 1993) brachte bei einer geringen Abstimmungsbeteiligung von 65,5% eine Zustimmung von 60,1%. Die PDS hatte in der Debatte den Verfassungsentwurf abgelehnt und zum „Nein“ aufgerufen, da ihrer Meinung nach soziale Grundrechte wie das Recht auf Arbeit oder Wohnen nur unzureichend verankert worden waren. Deutlich wird die geringere Zustimmung zum Verfassungsentwurf in Gebieten, in denen die PDS bei den bisherigen Wahlen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnte. Das mäßige Abstimmungsergebnis dürfte folglich eher mit der allgemein günstigen Stimmungslage für die PDS im Sommer 1994 zu erklären sein als mit tiefgreifenden Vorbehalten gegenüber der in einigen Bereichen im Vergleich zu den alten Bundesländern sehr „modernen“ Verfassung.¹⁰

Sowohl die Wahlen zum zweiten Landtag von Mecklenburg-Vorpommern als auch die Bundestagswahlen des Jahres 1994 fanden am 16. Oktober statt. Der Wahlkampf stand im Zeichen der Polarisierung zwischen CDU und PDS. Die CDU nutzte die Tolerierung der wenige Monate zuvor gewählten rot-grünen Koalition in Sachsen-Anhalt durch die PDS zur Heraufbeschwörung des Schreckgespenstes einer Linksfront. Die Landespartei lehnte die „Rote-Socken“-Kampagne des CDU-Generalsekretärs Peter Hintze eher aus stilistischen Gründen denn aus grundsätzlichen Überlegungen ab, klebte sie doch selbst zunächst Plakate mit dem SED-Symbol der „abgebrochenen Hände“, um vor dem rot-

¹⁰ Zur Verfassung s. auch MUTIUS/FRIEDRICH 1995.

roten Bündnis zu warnen. Die SPD setzte demgegenüber auf eine Profilierung als Anwalt der Ostinteressen und eine Annäherung an potentielle Wähler der PDS. Auch in diesem Wahlkampf waren überregionale Politiker (Helmut Kohl, Oskar Lafontaine, Gregor Gysi) im Land präsent.

Das Ergebnis der Wahl zum nunmehr 71 Abgeordnete umfassenden Landtag¹¹ (s.u. Kap. 5) brachte auf parlamentarischer Ebene ein Dreiparteiensystem, die FDP schied aus dem Landtag aus, Bündnis 90/Die Grünen verpaßten erneut den Einzug. Die CDU sicherte sich 30 Mandate, davon sind 28 Direktmandate, die SPD hat 23 Abgeordnete im zweiten Landtag (sieben Direktmandate: Rostock I-IV, Schwerin I, Wismar, Ludwigslust I), die PDS 18 (ein Direktmandat im Wahlkreis Schwerin II). Damit wurden nach Ausschluß einer SPD-PDS-Koalition sehr schwierige Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD nötig. Auch die neue Landesregierung wird durch den Ministerpräsidenten Berndt Seite von der CDU geführt, beide Parteien stellen je vier Ministerinnen bzw. Minister.

Bei der Bundestagswahl an diesem Tag konnte die CDU mit 38,5% der Zweitstimmen in Mecklenburg-Vorpommern noch etwas besser abschneiden als bei der Landtagswahl; dies galt auch für die PDS (23,6%). Die SPD schnitt mit 28,8% etwas schlechter ab. Die FDP erreichte bei dieser Wahl in Mecklenburg-Vorpommern 3,4%, Bündnis 90/Die Grünen 3,6%. Bei den Direktmandaten gewann die SPD im Vergleich zu 1990 eines hinzu und kam nun auf zwei, die CDU gewann die restlichen sieben. Über die Landesliste entsenden zusätzlich die SPD zwei, die PDS drei und die FDP einen Bewerber in den Deutschen Bundestag, so daß Mecklenburg-Vorpommern nun mit 15 Abgeordneten in Bonn und Berlin vertreten ist.

Tab. 6: Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern 1994 (in %)

	Europawahl 12. Juni 1994	Kommunalwahl 12. Juni 1994	Landtagswahl 16. Okt. 1994 (Zweitstimmen)	Bundestagswahl 16. Okt. 1994 (Zweitstimmen)
WBT	65,8	65,7	72,9	72,8
CDU	33,6	30,6	37,7	38,5
SPD	22,5	25,6	29,5	28,8
PDS	27,3	24,3	22,7	23,6
F.D.P.	2,3	5,4	3,8	3,4
Bü 90/Die Grünen	4,8	4,2	3,7	3,6
Sonstige	9,5	9,9	2,6	2,1

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN 1996b: 112.

¹¹ Für diese Wahl galt das neue Landeswahlgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 14. Dezember 1993.

6. Wählerstrukturen der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

Die Analyse der Wählerstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern beschränkt sich auf die Landtagswahlen der Jahre 1990 und 1994; die Varianz der Ergebnisse zwischen den einzelnen Wahlebenen ist gering genug, um dieses Vorgehen zu rechtfertigen. Im Gegensatz zu den beschriebenen Vermutungen über noch nicht vorhandene Wählerstrukturen in Ostdeutschland zeigen sich dabei erstens deutlich wiederkehrende Grundmuster bei allen Wahlen seit 1990, die sich nur allmählich verändern. Zweitens offenbaren sich schon 1990 und besonders ab 1994 regionale Unterschiede in den Wahlentscheidungen (SCHMITT 1995). Bei allen Unterschieden in der Höhe der Ergebnisse der Parteien bei den verschiedenen Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern verdienen drei Ergebnisse besondere Beachtung:

1. Die PDS erzielt in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu allen anderen neuen Bundesländern ihr jeweils bestes Ergebnis bei allen Wahlen, nur in Ost-Berlin schneidet die PDS jeweils noch besser ab (MOREAU 1994; NEUGEBAUER/STÖSS 1996).
2. Die CDU weist im Vergleich der Wahlen von 1994 und 1990 eine erstaunliche Stabilität auf.
3. Zwischen CDU und SPD bestehen deutliche regionale Unterschiede: Während die CDU ihre besten Ergebnisse im vorpommerschen Landesteil erreicht, liegen die Hochburgen der SPD in Mecklenburg.

Im Folgenden werden die politischen Kontexte der Wahlergebnisse sowie die regionalen und sektoralen Schwerpunkte der Parteien betrachtet. Grundlage hierfür ist eine Aggregatdatenanalyse auf Basis der Wahl- bzw. Landkreise.

Regionale Schwerpunkte der Parteien

Die CDU erzielt zwar flächendeckend gute Ergebnisse - in ihrem schlechtesten Wahlkreis Rostock II kam sie immer noch auf fast ein Viertel der abgegebenen Stimmen - bei genauerer Betrachtung zeigen sich aber deutliche Unterschiede, d.h. ausgeprägte Hoch- und Tiefburgen.

Die wichtigste Trennlinie für die CDU-Ergebnisse ist der Ost-West-Unterschied: Überdurchschnittliche Ergebnisse erreicht die Partei in Vorpommern, unterdurchschnittliche in Mecklenburg. Dieses Ergebnis wird zumindest teilweise durch den Stadt-Land-Unterschied in den Ergebnissen der CDU erklärt: Die besten Ergebnisse erzielt die Partei

in Demmin, Nord- und Ostvorpommern und Uecker-Randow, ihre schlechtesten in Rostock, Schwerin, Wismar und Neubrandenburg. In ihren regionalen Hochburgen steht die CDU relativ unangefochten da, sowohl SPD als auch PDS haben hier ihre schwächsten Ergebnisse. Dies ist schon ein erstes Indiz für ein deutliches Profil in der Wählerstruktur der CDU. Ein weiteres ist der enge Zusammenhang der CDU-Ergebnisse von 1990 mit denen von 1994: dort wo die Partei schon 1990 stark war, schneidet sie auch 1994 am besten ab. Entsprechend hat die CDU die geringsten Verluste in den eigenen Hochburgen.

Tab. 7: Ergebnisse der Landtagswahlen 1994 in Mecklenburg-Vorpommern in regionalen und politischen Kontexten (Mittelwerte der Stimmenanteile in%)

regionale und politische Kontexte		WBT	CDU	Landtagswahl 1994		PDS	B 90/Gr
				SPD	FDP		
insgesamt (LTW 1994)		72,9	37,7	29,5	3,8	22,7	3,7
Mecklenburg		73,7	34,5	32,3	3,8	22,9	4,0
Vorpommern		71,7	44,9	23,3	3,9	22,0	2,9
WBT	niedrig	70,7	41,1	26,0	3,9	22,6	3,4
	mittel	73,3	37,9	30,9	4,1	21,0	3,4
	hoch	75,2	35,7	30,7	3,4	23,7	4,0
CDU	niedrig	74,5	30,1	33,7	3,4	26,1	4,6
	mittel	72,4	38,4	30,4	4,2	20,8	3,6
	hoch	72,2	46,6	24,0	3,8	20,4	2,7
SPD	niedrig	71,6	45,4	23,1	3,9	21,9	2,8
	mittel	74,2	36,7	29,9	4,0	23,1	3,8
	hoch	73,3	32,6	34,8	3,6	22,5	4,2
FDP	niedrig	73,4	37,6	28,7	2,8	24,6	3,9
	mittel	72,6	38,2	29,5	3,9	21,8	3,6
	hoch	73,0	38,8	29,5	4,7	21,0	3,3
PDS	niedrig	73,3	41,3	30,7	3,8	18,5	3,1
	mittel	72,3	40,6	28,2	4,2	21,0	3,3
	hoch	73,5	32,8	28,7	3,4	27,9	4,4
Bü ⁹⁰ /Gr	niedrig	72,4	45,2	24,5	4,0	20,8	2,5
	mittel	73,1	37,1	32,5	4,0	20,4	3,4
	hoch	73,6	32,3	30,6	3,5	26,1	4,9

Geringe Abweichungen vom amtlichen Ergebnis durch Aggregationseffekte.

Landtagswahlkreisebene 1994 (N=36).

Datenquelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; eigene Berechnungen.

Lesebeispiele: Das Ergebnis der CDU in dem Drittel der Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung liegt bei 41,1%, in dem Drittel der Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung bei 35,7% der Stimmen. Die PDS erreicht 20,4% der Stimmen in dem Drittel der Wahlkreise, in dem die CDU am besten abschneidet, in dem Drittel der Wahlkreise, in dem die CDU am schlechtesten abschneidet, 26,1% der Stimmen.

In den Ergebnissen der PDS zeigt sich ein nur geringer Unterschied zwischen den Ergebnissen in Mecklenburg und Vorpommern, dafür ergeben sich hier sehr starke Stadt-Land-Unterschiede. Die PDS hat ihre Hochburgen ausnahmslos in den ehemaligen Bezirkshauptstädten Rostock, Schwerin und Neubrandenburg. Dort holt die Partei fast ein Drittel ihrer Gesamtstimmen. Zwischen PDS-Ergebnissen und CDU-Ergebnissen bestehen stark negative Zusammenhänge, zwischen PDS- und SPD-Ergebnissen jedoch leicht positive. Auch für die PDS zeigt sich ein starker Zusammenhang der Ergebnisse von 1994 mit denen von 1990. Sie gewinnt überdurchschnittlich in ihren eigenen Hochburgen, aber auch in denen der SPD. Ebenso wie für die CDU kristallisiert sich damit für die PDS ein abgrenzbares Wählerprofil heraus.

Für die SPD zeigen sich im Ost-West-Vergleich umgekehrte Ergebnisse wie für die CDU: In Mecklenburg hat die Partei ihre Hochburgen mit Wismar, Ludwigslust, Rostock und Nordwestmecklenburg. Der Stadt-Land-Unterschied spielt nicht die herausragende Rolle wie bei CDU und PDS. Die Hoch- und Tiefburgen sind bei der SPD nicht ganz so stark ausgeprägt wie diejenigen der CDU, zudem hat sie zum Teil dieselben Hochburgen wie die PDS. Auch die Stabilität der regionalen Verteilung der Ergebnisse der SPD von 1990 auf 1994 ist weniger ausgeprägt als bei den beiden anderen Parteien. Ihre stärksten Zuwächse hat die SPD in den ehemaligen Hochburgen der FDP, erst danach in den eigenen Hochburgen. Dies deutet darauf hin, daß es der Partei gelang, bei der Landtagswahl von 1994 enttäuschte FDP-Wähler für sich zu gewinnen.

Sektorale Schwerpunkte der Parteien

Die ausgewählten Variablen hierbei sind der Anteil der Beschäftigten in den verschiedenen Sektoren an der Gesamtheit der Beschäftigten in den einzelnen Landkreisen.¹² Interessant für Mecklenburg-Vorpommern sind hier v.a.: Landwirtschaft, Produktionssektor, Handel, Verkehr und Dienstleistungen. Eine solche Analyse verstärkt noch den gerade vorgestellten Befund vom Profil der Wählerschaft der einzelnen Parteien.

¹² Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN 1995: 315.

Die CDU schneidet in Gebieten mit einem hohem Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft weit überdurchschnittlich ab. Ihre schlechtesten Ergebnisse erzielt die Partei in Gebieten mit einem hohen Anteil von Beschäftigten im Handels- und Dienstleistungssektor. Die PDS-Ergebnisse zeigen ein im Vergleich dazu spiegelverkehrtes Bild: ein unterdurchschnittliches Abschneiden in Gebieten mit einem hohen Anteil von in der Landwirtschaft Beschäftigten gegenüber überdurchschnittlichen Ergebnissen im Dienstleistungs- und Handelssektor. Die Ergebnisse der SPD streuen in nur geringem Maß über die einzelnen Bereiche. Nur im produzierenden Sektor verlaufen die Ergebnisse eindeutig linear. Hier erzielt die Partei leicht überdurchschnittliche Ergebnisse.

Tab. 8: Ergebnisse der Landtagswahlen 1994 in Mecklenburg-Vorpommern in sozialstrukturellen Kontexten (Mittelwerte der Stimmenanteile in%*)

sozialstrukturelle Kontexte		Landtagswahl 1994				
		CDU	SPD	FDP	PDS	B 90/Gr
insgesamt (LTW 1994)		37,7	29,5	3,8	22,7	3,7
Landwirtsch.	niedrig	31,3	31,6	3,2	27,1	4,3
	mittel	41,3	28,1	4,4	20,5	3,0
	hoch	41,6	29,6	3,9	19,4	3,0
prod. Sektor	niedrig	38,2	28,0	4,1	23,4	3,4
	mittel	36,8	29,4	3,8	23,8	3,7
	hoch	39,3	32,2	3,5	19,3	3,1
Dienstleist.	niedrig	41,3	30,1	3,9	19,2	2,9
	mittel	40,6	28,6	3,8	20,8	3,6
	hoch	33,0	30,5	3,7	26,3	3,9
Handel/Verk.	niedrig	41,9	27,3	4,2	20,9	2,7
	mittel	37,3	31,9	3,6	21,1	3,5
	hoch	35,2	30,4	3,6	24,4	4,0
staatl. Sekt./Sonst.	niedrig	39,1	31,8	3,8	19,7	3,0
	mittel	38,0	29,1	3,8	23,0	3,7
	hoch	36,8	28,7	3,9	24,2	3,6

*ohne Briefwahl.

Abweichungen vom amtlichen Ergebnis durch Aggregationseffekte.

Landkreisebene 1994 (N=18), gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 1994.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; eigene Berechnungen.

Der Schluß dieser Betrachtung soll dem Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Parteiergebnissen gelten: Zumindest auf der Ebene der Landkreise zeigt sich, daß die CDU in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit eher überdurchschnittlich abschneidet, PDS und SPD dagegen eher unterdurchschnittlich. Dies bedeutet zwar nicht, daß Arbeitslose CDU wählen, aber doch, daß in wirtschaftlich schwachen Gebieten die CDU deutliche Vorteile hat. Dies verweist darauf, daß rein ökonomische Erklärungsmuster des Wahlverhaltens in Mecklenburg-Vorpommern zu einfach sind.

Aus diesen Befunden wird deutlich, daß der politische Wettbewerb in Mecklenburg-Vorpommern auf der Wählerebene in erster Linie durch eine Frontstellung zwischen CDU und PDS geprägt ist, erst in zweiter Linie durch die Konkurrenz von CDU und SPD. Das Wählerprofil der SPD bleibt im Gegensatz zu demjenigen von PDS und CDU relativ unscharf. Die SPD macht in dieser Hinsicht von 1990 auf 1994 zwar Boden gut, sie verfügt aber offensichtlich nicht über so gefestigte Wurzeln in der Wählerschaft wie CDU und PDS. Die CDU besitzt ein festes Wählerpotential im ländlichen Raum, dem weder die Affären und Probleme der Legislaturperiode von 1990 bis 1994 noch die schlechten Wirtschaftsdaten etwas anhaben konnten.

Das insgesamt gute Abschneiden der PDS in Mecklenburg-Vorpommern im Ost-Ost-Vergleich kann mit einem Rückgriff auf die Strukturen der DDR erklärt werden. Dabei muß vor allem die Entwicklung der Region seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Betracht gezogen werden. Ein wichtiges Charakteristikum der drei ehemaligen Nordbezirke war ein überdurchschnittlich hoher Anteil von mit der DDR verbundenen Bevölkerungsgruppen wie Armeeangehörigen, Akademikern und im Verwaltungs- oder Herrschaftsapparat Beschäftigten. Exemplarisch deutlich wird dies am guten Abschneiden der Partei in den ehemaligen Bezirkshauptstädten. Dabei ist die PDS nicht unbedingt die Partei der DDR-Nostalgiker. Sie verfügt jedoch durch ihren relativ hohen Mitgliederbestand und ihre Aktivitäten im sog. vorpolitischen Raum, also ihre lokale Verankerung, über ein eigenes Milieu, das ihr einen Kernwählerbestand sichert (NEUGEBAUER/STÖSS 1996: 303).¹³ Zudem gelang es ihr 1994, Unzufriedene aus ganz verschiedenen Bevölkerungsteilen für sich zu gewinnen. PDS und CDU profitieren von der Polarisierung des politischen Wettbewerbs: 1990 war die Unterscheidung uneingeschränkte Einheitsbefür-

¹³ Zur PDS-Wählerschaft s. bes. FALTER/KLEIN 1994; MOREAU 1994; NEUGEBAUER/STÖSS 1996; KLEIN/CABALLERO 1996.

worter auf der einen, Einheitsskeptiker auf der anderen Seite die Trennlinie zwischen beiden Parteien, 1994 die Unterscheidung zwischen jenen, die die Einheitsbilanz als positiv bewerteten und jenen, die sie zumindest in Teilen als negativ bewerteten. Diese Unterscheidung ist aber nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern sozial abgestützt.

Für die kleinen Parteien FDP und Bündnis 90/Grüne bleibt hier nur wenig Spielraum. Aus der beschriebenen Polarisierung resultieren auch die Schwierigkeiten der SPD, Profil zu gewinnen. Wo die Extrempositionen von CDU und PDS besetzt sind, wird Zwischentönen nur wenig Gehör gegeben. Etwas provokativ läßt sich formulieren, daß angesichts des geringen Mitgliederbestandes und der schwachen strukturellen Verankerung der Partei Ergebnisse um die 30% als gut bezeichnet werden können.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Das Fazit zur Geschichte der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern kann nur ein vorläufiges sein. Zu kurz ist die neuere Demokratiegeschichte des Landes und zu stark wirken noch Polarisierungen nach, die aus der DDR-Geschichte und den Begleiterscheinungen eines anhaltenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesses resultieren. Die ökonomischen Krisenerscheinungen in der Werftindustrie, die auch im Bundesland geführte Standortdebatte und die Diskussionen im Zuge der Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“ machen die politischen Spannungen schlaglichtartig deutlich. Auch bestehen Forschungsdefizite zur Landespolitik. Ohne eine erschöpfende Aufzählung geben zu wollen, stellen sich u.a. folgende Forschungslücken und -fragen:

- Wählerschaft und Aufstieg des Nationalsozialismus in Mecklenburg-Vorpommern;
- das politische Verhalten einzelner Gruppen in historischer Perspektive (Studierende, Landarbeiter etc.);
- die Frage nach einer spezifischen politischen Regionalkultur;
- die Erforschung der Parteiprogrammatik und Parteiensoziologie, die sich u.a. in der Debatte um das Rehberg-Papier von 1996 und um die Frage kristallisiert, ob es sich bei der PDS um eine Art Heimat- und Regionalpartei handelt;

- die Auswirkungen der verschiedenen Systemwechsel auf das politische Verhalten der Bürger im Land;
- die spezifischen Modernisierungserfahrungen zu DDR-Zeiten und deren Auswirkungen auf das politische Verhalten der Bürger.

Unter dem Vorbehalt dieser Forschungslücken lassen sich mit Blick auf die Wahlen in der Region folgende Ergebnisse festhalten:

Erstens: Die für die deutsche Wahlgeschichte typischen Konstellationen zeigen sich in Mecklenburg unter folgenden Vorzeichen: Während des Kaiserreiches erkennen wir in Mecklenburg-Schwerin das sozialdemokratische, das konservative und mit deutlichem Abstand das liberale Lager. Diese Konstellation wiederholt sich zu Beginn der Weimarer Republik, in den 20er Jahren setzt jedoch eine Polarisierung zwischen den die Republik tragenden Kräften und dem national-völkischen Lager ein. Bei den Wahlen von 1946 zeigt sich ein Gegensatz zwischen SED und CDU. Mit der aufgrund der unterschiedlichen politischen Bedingungen und der territorialen Verschiebungen notwendigen Einschränkung läßt sich eine Tendenz zur Polarisierung im 20. Jahrhundert festhalten.

Zweitens: Die Analyse der Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern bestätigt den Befund, daß sich seit den Wahlen von 1994 eine gewisse Teilung des Parteiensystems in Deutschland abzeichnet: In den alten Bundesländern wurde das Vier-Parteien-System mit den beiden großen Volksparteien CDU/CSU (46,1%) und SPD (39,7%) sowie zwei kleinen Parteien FDP und Grüne bestätigt. In den neuen Bundesländern scheint sich hingegen ein Drei-Parteien-System herauszubilden, mit geringeren Wähleranteilen für die Volksparteien (CDU: 40,0%, SPD: 31,8%) und der PDS als einer - unter quantitativen Gesichtspunkten - Mittelpartei mit 20,5% der Erststimmen. Diese regional verschiedenen Parteiensysteme werden in dem gesamtdeutschen Fünf-Parteien-System miteinander verknüpft (VEEN 1996:185f.; EITH 1996).

Drittens: Ein Merkmal der jüngeren Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern ist die Polarisierung zwischen CDU und PDS, wodurch besonders die SPD in ein Dilemma gerät. Der Polarisierung entsprechen in begrenztem Maße konturierte sozial-kulturelle Milieus, sie ist vor allem politischer Natur.

Viertens: Mit den Landtagswahlen von 1994 hat sich vorerst ein Drei-Parteien-System ausgeprägt, das sich mit der Ausnahme Sachsen-Anhalts in allen anderen neuen Bundesländern findet. Zukunftsaussagen sind angesichts der kurzen Wahlgeschichte und den nicht eindeutig strukturierten Milieus schwierig. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß angesichts der komplizierten Mehrheitsverhältnisse die Regierungsbildung und das Regieren im Lande auch in Zukunft schwierige politische Aufgaben bleiben werden.

Anhang

Verzeichnis der Tabellen und Karten

Tabellen:

Tab. 1:	Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Rostock am 6. Mai 1990 (%)	35
Tab. 2:	Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Rostock am 12. Juni 1994 (%)	35
Tab. 3:	Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Wismar am 12. Juni 1994 (%)	36
Tab. 4:	Wahlen zur Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald am 6. Mai 1990 und am 12. Juni 1994 (%)	36
Tab. 5:	Wahlen zur Ratsversammlung der Stadt Neubrandenburg am 6. Mai 1990 (%)	37
Tab. 6:	Wahlen zur Ratsversammlung der Stadt Neubrandenburg am 12. Juni 1994 (%)	37
Tab. 7:	Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund am 6. Mai 1990 (%)	38
Tab. 8:	Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund am 12. Juni 1994 (%)	38
Tab. 9:	Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwerin am 6. Mai 1990 (%)	39
Tab. 10:	Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwerin am 12. Juni 1994 (%)	39
Tab. 11:	Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 in der Struktur der Landkreisneueinteilung von 1994 (%)	40
Tab. 12:	Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 12. Juni 1994 in % und Mandatsverteilung in den Kreistagen	41
Tab. 13:	Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin 1919-1932 (%)	42
Tab. 14:	Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz 1918-1932 (%)	42

Karten:

Regionale Verteilung der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1990 und 1994 nach Landtagswahlkreisen 1994 (in %)	43
Regionale Verteilung der Zweitstimmernanteile der CDU bei den Landtagswahlen 1990 und 1994 nach Landtagswahlkreisen 1994 (in %)	44
Regionale Verteilung der Zweitstimmernanteile der SPD bei den Landtagswahlen 1990 und 1994 nach Landtagswahlkreisen 1994 (in %)	45
Regionale Verteilung der Zweitstimmernanteile der PDS bei den Landtagswahlen 1990 und 1994 nach Landtagswahlkreisen 1994 (in %)	46

Tab. 1: Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Rostock am 6. Mai 1990 (%)

Wahlber.	Stadtteile	CDU	SPD	PDS	Bündnis 90*	Sonst.
1	Warnemünde, Markgrafenhede, Hohe Düne, Diedrichshagen, Lichtenhagen	26,4	28,5	20,7	6,9	17,4
2	Groß Klein	20,8	33,6	23,5	7,8	14,4
3	Lütten Klein	21,5	29,3	26,8	9,3	13,1
4	Evershagen	22,6	28,6	25,0	9,5	14,2
5	Schmarl, Reutershagen	22,0	30,9	23,1	9,2	14,8
6	Kröpeliner Tor-Vorstadt, Komponistenviertel	27,9	27,8	17,0	11,2	16,1
7	Hansaviertel, Gartenstadt, Südstadt, Biestow	24,3	26,5	23,0	11,4	14,8
8	Stadtmitte, Brinckmansdorf	21,6	20,2	22,2	17,6	18,3
9	Dierkow (Neu), Dierkow (Ost)	18,4	27,7	26,1	12,2	15,7
10	Toitenwinkel, Dierkow (West), Gehlsdorf, Nordost	17,6	26,2	22,7	8,8	24,6
1-10	Hansestadt Rostock	22,9	28,0	22,8	10,2	26,2

*NF, DJ

Quelle: STADTVERWALTUNG DER HANSESTADT ROSTOCK. AMT FÜR STATISTIK, STADTENTWICKLUNG UND WAHLEN 1994.

Tab. 2: Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Rostock am 12 Juni 1994 (%)

Wahlber.	Stadtteile	CDU	SPD	PDS	Bündnis 90	Sonst.
1	Warnemünde, Markgrafenhede, Hohe Düne, Diedrichshagen, Lichtenhagen	20,7	27,3	30,0	11,6	10,4
2	Groß Klein	16,5	26,6	33,5	10,2	13,2
3	Lütten Klein	16,8	27,0	38,0	9,1	9,1
4	Evershagen	16,2	27,5	35,3	10,0	11,0
5	Schmarl, Reutershagen	18,3	27,9	33,4	9,6	10,7
6	Kröpeliner Tor-Vorstadt, Komponistenviertel	20,9	27,1	27,9	13,2	10,9
7	Hansaviertel, Gartenstadt, Südstadt, Biestow	20,1	29,6	32,8	9,8	7,7
8	Stadtmitte, Brinckmansdorf	19,7	24,8	30,5	14,3	10,7
9	Dierkow (Neu), Dierkow (Ost)	15,1	26,5	36,4	9,9	12,0
10	Toitenwinkel, Dierkow (West), Gehlsdorf, Nordost	15,1	26,7	35,6	9,4	13,2
1-10	Hansestadt Rostock	18,3	27,3	33,2	10,7	10,6
	Mandate (ges. 53)	11	16	20	6	0

Quelle: STADTVERWALTUNG DER HANSESTADT ROSTOCK. AMT FÜR STATISTIK, STADTENTWICKLUNG UND WAHLEN 1994.

Tab. 3: Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Wismar am 12. Juni 1994 (%)

Wahl- ber.	Stadtteile	CDU	SPD	PDS	Bündnis 90/ Die Grünen	Neues Forum	FDP
1	Altstadt, Wismar- Nord, Wismar- West	20,0	47,6	17,8	3,9	4,2	6,5
2	Wismar-Ost, Wismar- Dargetzow, Wis- mar-Süd	20,1	48,9	19,7	3,6	3,4	4,3
3	Friedenshof	17,8	48,6	21,5	3,7	3,8	4,6
4	Wendorf	19,0	21,0	50,2	2,8	3,1	3,9
1-4	Hansestadt Wis- mar	19,2	48,9	20,0	3,5	3,6	4,8
	<i>Hansestadt Wis- mar 1990</i>	<i>27,3</i>	<i>34,5</i>	<i>13,0</i>	<i>3,3</i>	<i>8,4</i>	<i>6,6</i>
	Mandate 1994 (ges. 43)	9	24	10	0	0	

Quelle: HANSESTADT WISMAR, HAUPT- UND ORDNUNGSAMT, STATISTIK UND WAHLEN 1994.

Tab. 4: Wahlen zur Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald am 6. Mai 1990 und am 12. Juni 1994 (%)

	CDU	SPD	PDS	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Sonst.
6. Mai 1990	36,3	18,7	21,2	2,4	3,3	18,1
12. Juni 1994	40,0	15,4	28,0	7,1	1,3	8,3
Mandate 1994 (ges. 43)	19	7	13	3	0	1

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN 1996a: 225; STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN 1996b: 113.

Tab. 5: Wahlen zur Ratsversammlung der Stadt Neubrandenburg am 6. Mai 1990 (%)

Wahl-ber.	Stadtteile 1990	CDU	SPD	PDS	Grüne/ Gr. Liga	Neues Forum	BFD	Sonst.
1	Stadtgebiet Süd, Lindenberg	21,3	19,6	36,6	3,3	2,0	3,8	13,3
2	Innenstadt, Ka- tharinenviertel, Stadtgebiet West	21,6	20,1	32,8	4,0	4,0	6,1	11,4
3	Vogelviertel	27,9	27,8	24,1	4,2	2,2	3,8	10,0
4	Reitbahnviertel	21,6	23,0	28,0	4,8	2,2	3,3	17,2
5	Datzeviertel	22,8	22,2	31,6	3,8	3,0	3,1	13,6
6	Industrieviertel	27,7	22,8	27,3	4,3	2,7	2,9	12,2
7	Ost (I)	24,1	20,1	30,3	4,2	4,3	4,9	12,1
8	Ost (II)	24,1	20,2	26,9	4,4	4,6	4,4	15,3
1-8	Neubrandenburg	23,6	21,5	30,5	4,0	3,2	4,1	13,1
	Mandate (ges. 90)	21	19	28	4	3	4	11

Quelle: AMT FÜR ADV, STATISTIK UND WAHLEN DER STADT NEUBRANDENBURG 1994.

Tab. 6: Wahlen zur Ratsversammlung der Stadt Neubrandenburg am 12. Juni 1994 (%)

Wahl-ber.	Stadtteile 1994	CDU	SPD	PDS	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Sonst.
1	Innenstadt, Vogel- viertel	30,0	25,0	30,0	4,8	3,7	6,5
2	Stadtgebiet West, Reitbahnviertel	27,2	24,4	28,5	6,4	4,0	9,5
3	Datzeviertel	27,5	23,7	32,0	5,8	3,8	7,2
4	Industrieviertel, Burgholz	29,3	21,6	32,1	5,8	5,3	5,9
5	Stadtgebiet Süd, Lindenberg	25,5	22,4	36,8	4,9	4,1	6,3
6	Stadtgebiet Ost (I)	29,3	23,7	30,9	5,4	4,1	6,6
7	Stadtgebiet Ost (II), Katharinenviertel	29,8	21,9	33,0	5,2	3,6	6,5
1-7	Neubrandenburg	28,3	23,2	32,1	5,4	4,0	7,0
	Mandate (ges. 45)	14	11	16	3	0	1

Quelle: AMT FÜR ADV, STATISTIK UND WAHLEN DER STADT NEUBRANDENBURG 1994.

Tab. 7: Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund am 6. Mai 1990 (%)

Wahl- ber.	Stadtteile	CDU	SPD	PDS	Grüne	Neues Forum	BFD	Sonst.
1	Innenstadt/Franken	40,7	28,2	15,5	2,8	1,5	2,5	8,8
2	Tribseer Vorstadt	43,4	21,6	15,1	2,9	1,5	3,7	11,8
3	Kniepervorstadt	37,7	27,0	19,9	3,0	1,9	2,1	8,4
4	Knieper West I/II	35,8	24,4	21,5	2,2	1,9	2,9	11,3
5	Knieper West III/Grünhufe	39,6	22,8	19,2	2,7	1,4	1,7	12,6
1-5	Hansestadt Stralsund	39,4	24,9	18,2	2,7	1,5	2,5	7,8
	Mandate (ges. 58)	23	14	11	2	1	1	6

Quelle: STATISTISCHES AMT DER DDR/STATISTISCHES KREISAMT STRALSUND-STADT 1990.

Tab. 8: Wahl zur Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund am 12. Juni 1994 (%)

Wahl- ber.	Stadtteile	CDU	SPD	PDS	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	sonstige
1	Altstadt/Knieper Vorstadt	36,4	23,0	22,1	8,2	2,6	7,7
2	Knieper Nord/ Knieper West I	38,6	22,0	26,8	4,2	2,1	6,3
3	Knieper West II/III	35,9	20,9	28,2	5,0	2,6	7,4
4	Tribseer/Lüssower Berg	38,5	20,9	23,2	6,0	2,6	8,8
5	Franken/Andershof/ Devin	39,5	22,6	21,5	5,5	2,2	8,7
6	Grünhufe/Langen- dorfer Berg	33,8	19,9	28,0	6,6	2,7	9,0
1-6	Hansestadt Stralsund	37,2	21,5	25,2	5,7	2,5	7,8
	Mandate (ges. 43)	18	10	12	3	0	0

Quelle: HANSESTADT STRALSUND-DER GEMEINDEWAHLLEITER 1994.

Tab. 9: Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwerin am 6. Mai 1990 (%)

Wahl-ber.	Stadtteile	CDU	SPD	PDS	Grüne	Neues Forum	BFD	Sonst.
1	Lankow	23,0	26,9	25,0	4,5	9,1	6,5	5,0
2	Weststadt	23,8	28,5	23,7	3,8	7,8	5,7	6,7
3	Nordost	26,2	26,2	17,6	5,4	11,2	6,3	7,1
4	Zentrum	26,4	28,5	15,3	6,3	10,9	6,6	6,0
5	Südstadt	25,4	26,0	18,9	5,9	13,3	5,3	5,2
6	Großer Dreesch I	23,9	25,0	26,9	5,0	8,6	4,1	6,5
7	Großer Dreesch II	22,5	25,4	24,8	3,6	11,5	5,4	6,8
8	Großer Dreesch III	21,2	24,4	27,2	5,5	8,3	4,9	8,5
1-8	Schwerin	23,9	26,3	22,9	4,9	9,8	5,6	6,5
	Mandate (ges. 111)	27	29	26	6	11	6	6

Quelle: STATISTISCHES KREISAMT SCHWERIN-STADT 1990.

Tab. 10: Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwerin am 12. Juni 1994 (%)

Wahl-ber.	Stadtteile	CDU	SPD	PDS	Bündnis 90/ Die Grünen	Neues Forum	FDP	Sonst.
1	Lankow	15,4	31,0	36,7	6,0	3,2	3,6	4,1
2	Weststadt	15,4	33,5	32,5	6,7	4,1	4,1	3,8
3	Altstadt	17,6	30,7	29,0	9,8	4,1	4,0	4,8
4	Nordstadt	16,8	30,7	26,3	9,5	4,2	3,7	8,9
5	Südstadt	16,6	29,4	32,4	8,7	3,5	5,0	4,3
6	Großer Dreesch	13,4	28,3	39,9	6,4	3,9	3,1	5,0
7	Neu Zippendorf	15,7	33,8	33,1	6,9	3,4	3,1	4,0
8	Am Fernsehturm	13,6	30,5	37,9	7,6	3,3	3,3	4,0
9	Mueßer Holz	14,1	30,2	36,9	6,8	3,0	3,4	5,7
1-9	Schwerin	15,4	31,1	34,0	7,4	3,6	3,7	4,7
	Mandate (ges. 53)	8	17	18	4	0	0	0

Quelle: STADTVERWALTUNG SCHWERIN, HAUPTAMT/SACHGEBIET STATISTIK 1994.

Tab. 11: Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 in der Struktur der Landkreisneueinteilung von 1994 (%)

Landkreis	CDU	SPD	PDS	F.D.P.	Grüne*	Bauern	sonst.
Bad Doberan	29,3	21,3	16,9	6,0	1,0	8,7	16,8
Demmin	35,1	8,6	19,0	6,7	1,1	11,0	18,4
Güstrow	28,4	21,7	17,5	5,5	1,5	6,9	18,4
Ludwigslust	28,9	19,1	13,2	8,9	1,2	7,6	21,2
Mecklenburg-Strelitz	23,9	23,2	16,0	7,9	3,7	10,1	15,3
Müritz	28,7	19,0	16,3	7,6	1,7	8,3	18,5
Nordvorpommern	25,5	14,9	16,6	5,3	1,3	11,4	25,0
Nordwestmecklenburg	24,9	26,9	14,0	4,5	1,5	14,1	14,2
Ostvorpommern	36,0	13,3	19,6	7,1	0,1	8,5	15,5
Parchim	32,9	16,4	16,4	6,9	1,1	6,7	19,5
Rügen	31,7	11,2	20,0	5,2	-	6,0	25,8
Uecker-Randow	14,1	13,7	24,8	18,0	3,8	9,7	15,8

*berücksichtigt nur die Ergebnisse der Grünen.

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN 1994.

Tab. 12: Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 12. Juni 1994 in % und Mandatsverteilung in den Kreistagen

Landkreis	CDU	SPD	PDS	F.D.P.	Bü 90/Gr	Bauern	Sonst.
Mandate im Kreistag ges.	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze	Sitze
Bad Doberan	32,0	27,0	20,6	5,2	6,0*	2,9	6,3
47	16	14	11	3	3	0	0
Demmin	45,1	21,0	20,8	6,0	2,7	-	4,4
53	26	12	12	3	0	-	0
Güstrow	31,9	26,4	21,1	4,8	7,9	-	7,9
53	18	15	12	0	4	-	4
Ludwigslust	29,7	29,3	18,8	6,8	7,0	5,0	4,4
53	16	16	10	4	4	3	0
Mecklenburg-Strelitz	34,0	28,9	20,4	4,9	4,1	4,5	3,2
47	19	16	12	0	0	0	0
Müritz	31,7	27,0	16,7	5,7	9,0	7,2	2,7
47	15	13	8	3	4	4	0
Nordvorpommern	41,1	21,7	20,4	5,6	4,3	6,2	0,7
53	23	12	11	3	0	4	0
Nordwestmecklenburg	27,2	34,2	19,4	6,3	3,9	6,2	2,9
53	15	19	11	4	0	4	0
Ostvorpommern	36,5	18,7	24,2	9,4	3,0	4,5	3,7
53	22	11	14	6	0	0	0
Parchim	31,1	27,9	21,9	7,7	4,8	5,3	1,2
53	17	16	12	4	0	3	1
Rügen	27,7	13,8	28,5	8,6	14,8**	-	6,5
47	14	7	14	4	7	-	1
Uecker-Randow	37,8	18,1	23,3	7,7	4,1	2,8	6,0
47	20	10	12	4	0	0	1

*Grünes Forum

**Bündnis Rügen

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN 1994.

Tab. 13: Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin 1919-1932 (%)

	1919	1920	1921	1924	1926	1927	1929	1932
WBT	.	83,7	85,1	81,6	69,4	76,1	74,5	80,3
KPD	-	0,4	4,6	13,6	6,6	5,1	5,2	7,4
USPD	-	7,7	0,8	0,8	-	-	-	-
SPD	47,9	39,9	41,7	22,8	39,9	40,7	38,3	30,0
DDP	27,3	6,9	4,3	3,6	3,0	2,9	2,8	-
DVP	4,3	15,4	17,5	7,3	8,4	7,9	-	-
DNVP	13,1	22,1	22,2	28,9	22,6	22,0	-	9,1
NSDAP	-	-	-	-	1,7	1,8	4,1	49,0
WP	2,3	7,6	3,0	1,5	5,8	10,7	-	-
DB*	5,1	s. WP	5,9	1,4	-	-	2,6	-
DVFB	-	-	-	19,3	9,4	5,7	-	-
ENM**	-	-	-	-	-	-	44,6	-
Sonst.	-	-	-	0,8	2,6	3,2	2,4	4,7

*DB: 1919-21: Dorfbund; 1924: Landliste; 1929: Mecklenburgische Bauernpartei.

**ENM: Einheitsliste Nationaler Mecklenburger (DNVP, DVP, WP, DVFB, Landvolkpartei).

Quelle: FALTER/LINDENBERGER/SCHUMANN 1986: 98.

Tab. 14: Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz 1918-1932 (%)

	1918	1919	1920	1923	1927	1928	1932
WBT	.	.	85,9	76,0	69,0	76,2	86,4
KPD	-	-	-	20,4	9,1	7,0	9,1
USPD	-	-	4,2	-	-	-	-
SPD	50,2	48,6	42,9	22,7	33,5	37,9	26,9
DDP	39,9	21,0	14,7	14,5	6,7	4,6	5,1
DVP	-	-	-	5,5	4,4	3,6	-
DNVP	-	-	-	24,1	22,8	20,8	31,0
NSDAP	-	-	-	-	-	-	23,9
HG*	4,8	-	-	-	10,1	10,1	-
WV**	-	30,4	36,1	-	-	-	-
DVFP	-	-	-	8,8	5,0	3,8	-
Sonst.	5,0	-	2,1	4,0	8,4	12,2	4,0

*HG: Handwerker und Gewerbetreibende.

**WV: Wirtschaftliche Vereinigung.

Quelle: FALTER/LINDENBERGER/SCHUMANN 1986: 99.

WAHLBETEILIGUNG

1990



1994



LANDTAGSWAHLERGEBNISSE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN: CDU

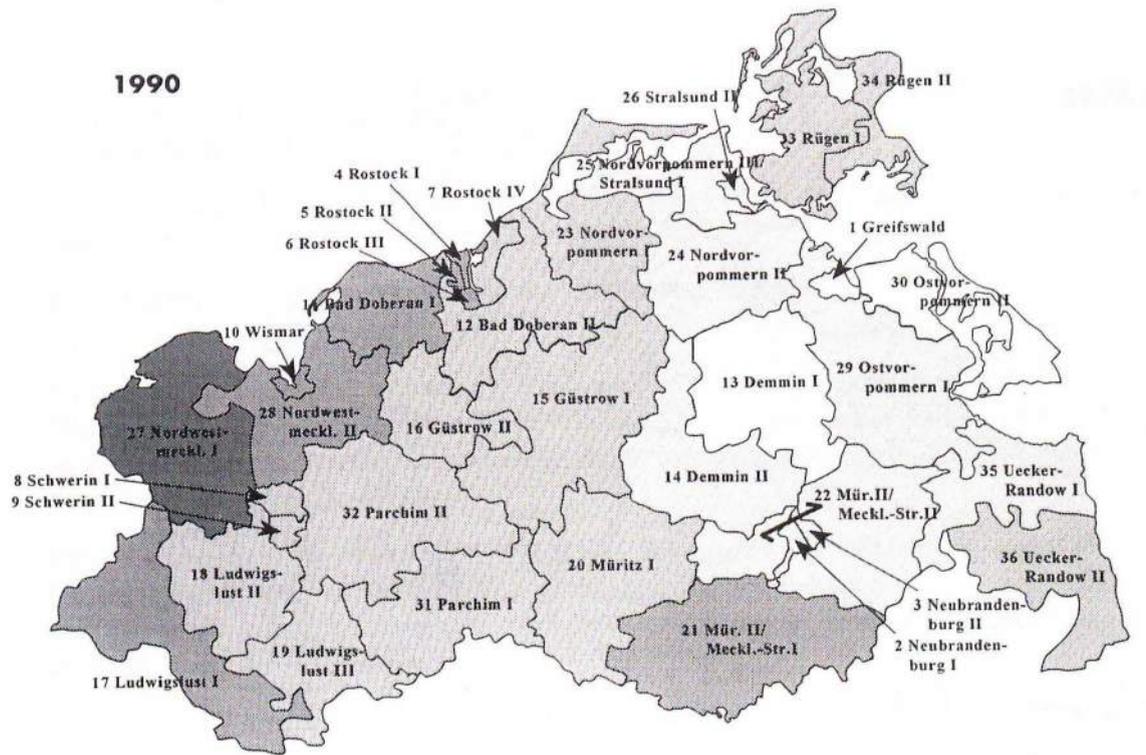
1990



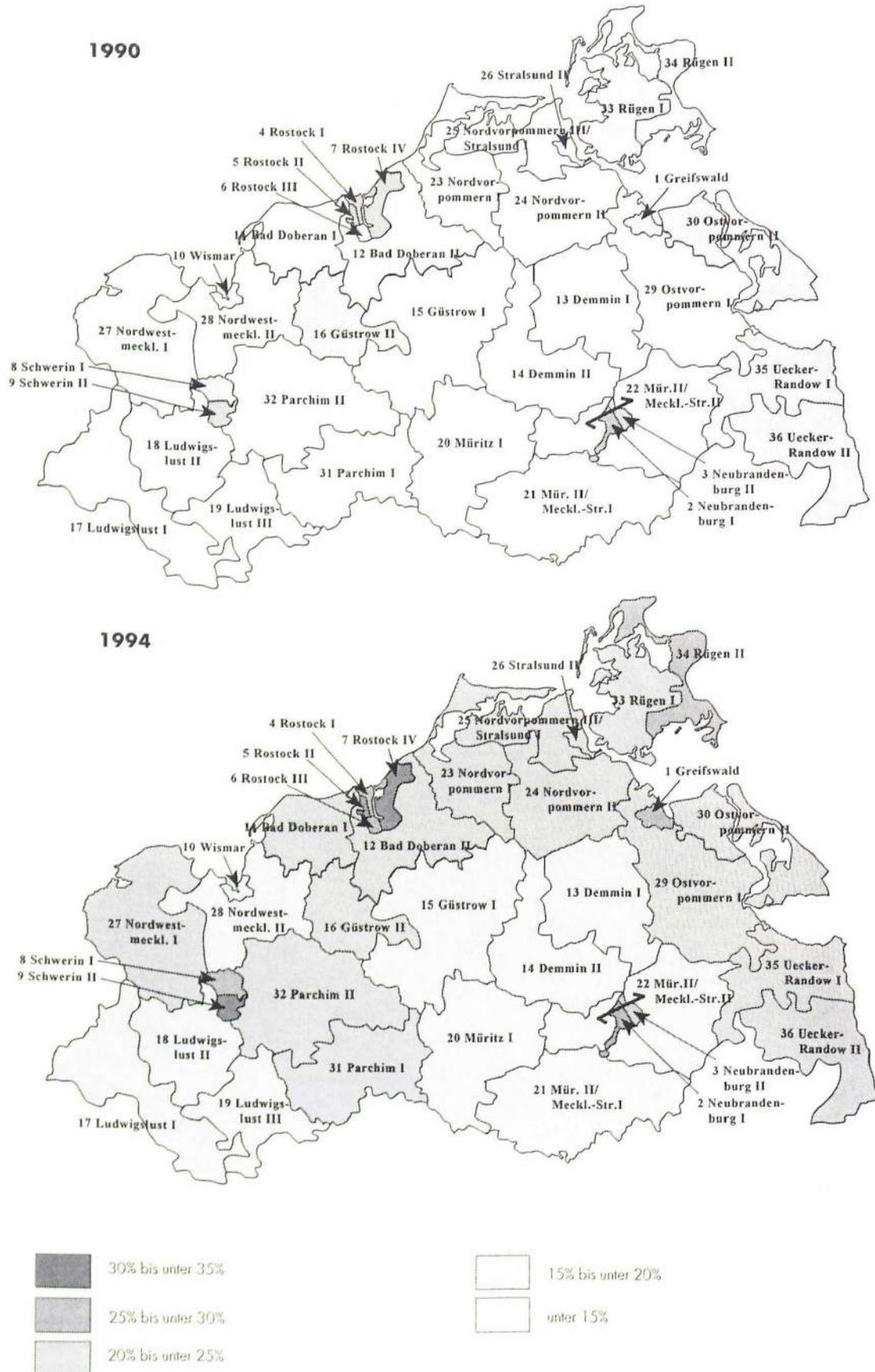
1994



LANDTAGSWAHLERGEBNISSE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN: SPD



LANDTAGSWAHLERGEBNISSE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN: PDS



Literaturverzeichnis

- AMT FÜR ADV, STATISTIK UND WAHLEN DER STADT NEUBRANDENBURG 1994: Wahlauswertungen 1990 - 1994, Neubrandenburg
- BEHRENS, Beate 1995: Die NSDAP in Mecklenburg. Von den Anfängen bis zur Machtergreifung 1922-1933, Diss. Phil. Fak. Univ. Rostock
- BEZIRKSLEITUNGEN DER SED NEUBRANDENBURG, ROSTOCK, SCHWERIN (Hrsg.) 1986: Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952, Rostock
- BOSELMANN, Heino 1995: Unter der Herrschaft der Weltanschauungen. Mecklenburg in der Weimarer Republik, dem „Dritten Reich“ und der DDR, in: Johannes Erichsen (Hrsg.): 1000 Jahre Mecklenburg. Geschichte und Kunst einer europäischen Region. Katalog zur Landesausstellung, Rostock., S. 81-92
- BRAUN, Günter 1993: Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ/DDR 1946-1950, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München, S. 545-562
- BRAUN, Gerald/BANDELIN, Jost (HRSG.) 1994: Mecklenburg-Vorpommern im Prozeß der marktwirtschaftlichen Strukturanpassung. Eine empirische Bestandsaufnahme, Marburg
- BROSZAT, Martin/WEBER, Hermann (Hrsg.) ²1993: SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München
- BÜRKLIN, Wilhelm/ROTH, Dieter (Hrsg.) 1994: Das Superwahljahr: Deutschland vor unkalculierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln
- BÜRO DES LANDTAGES (Hrsg.) [1947]: Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag. 1. Wahlperiode, Schwerin o.J.
- DER LANDESBEAUFTRAGTE FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN FÜR DIE UNTERLAGEN DES STAATSSICHERHEITSDIENSTES DER EHEMALIGEN DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK (Hrsg.) 1994: Aufbruch '89. Über den Beginn der Wende in Schwerin. Dokumentation, Schwerin
- EITH, Ulrich 1996: Art. „Parteien“, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt am Main/New York Neuausg. 1996, S. 558-570
- EITH, Ulrich 1997: Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt. Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflußfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990, Berlin
- ERICHSEN, Johannes (Hrsg.) 1995: 1000 Jahre Mecklenburg. Geschichte und Kunst einer europäischen Region. Katalog zur Landesausstellung, Rostock
- FAIT, Barbara 1993: Mecklenburg (-Vorpommern), in: SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München, S. 103-125
- FALTER, Jürgen W. 1991: Hitlers Wähler, München

- FALTER, Jürgen W. 1992: Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Bonn, S. 163-188
- FALTER, Jürgen W./KLEIN, Markus 1993: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51-52, S. 22-34
- FALTER, Jürgen W./LINDENBERGER, Thomas/SCHUMANN, Siegfried 1986: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik: Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München
- FEIST, Ursula/HOFFMANN, Hans-Jürgen 1991: Landtagswahlen in der ehemaligen DDR am 14. Oktober 1990: Föderalismus im wiedervereinten Deutschland - Tradition und neue Konturen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22. Jg., S. 5-34
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN 1990: Wahl in den neuen Bundesländern. Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Nr. 60, Mannheim
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN 1994: Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 16. Oktober 1994. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Nr. 79, Mannheim
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, LANDESBÜRO MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1994: Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
- GEMEINSAMES STATISTISCHES AMT IN BERLIN (Hrsg.) [1990]: Wahlen zu den Landtagen der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen am 14. Oktober 1990. Gesamtübersicht, Berlin o.J.
- GIBOWSKI, Wolfgang G. 1990: Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 21. Jg., S. 5-22
- GILL, Ulrich 1994: Mecklenburg-Vorpommern, in: Jürgen Hartmann (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer, Bonn 2. Aufl., S. 320-349
- GOMOLKA, Alfred 1995: Zwischen Zaudern und Zuversicht 1989-1995, in: Johannes Erichsen (Hrsg.): 1000 Jahre Mecklenburg. Geschichte und Kunst einer europäischen Region. Katalog zur Landesausstellung, Rostock., S. 93-103
- HANSESTADT STRALSUND - DER GEMEINDEWAHLLLEITER 1994: Endgültige Ergebnisse der Kommunalwahlen am 12. Juni 1994 in der Hansestadt Stralsund, Stralsund
- HANSESTADT WISMAR, HAUPT- UND ORDNUNGSAMT. STATISTIK UND WAHLEN 1994: Verbundene Wahlen am 12. Juni 1994 in Mecklenburg-Vorpommern. Amtliches Endergebnis. Ergebnis der Europawahl, der Kommunalwahl und des Volksentscheides über die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der Hansestadt Wismar, Wismar
- HAUNGS, Peter 1992: CDU - Christlich Demokratische Union Deutschlands, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 103-108
- HEBERLE, Rudolf 1963: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932, Stuttgart

HUBER, Ernst Rudolf ²1982: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1798. Bd. IV: Strukturen und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart u.a.

JOHN, Anke 1995: „Unterthan“ und Staatsbürger - Die deutsche Reichsgründung und der mecklenburgische Ständestaat 1866/67-1890, in: Stiftung Mecklenburg/Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Modernisierung und Freiheit. Beiträge zur Demokratiegeschichte in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, S. 686-707

KARGE, Wolf 1995: Mecklenburg zwischen liberalen Verfassungsbemühungen und ritterschaftlichem Beharren. Ansätze zu einer Verfassungsreform in den Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, in: Stiftung Mecklenburg/Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Modernisierung und Freiheit. Beiträge zur Demokratiegeschichte in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, S. 708-721

KARGE, Wolf/MÜNCH, Ernst/SCHMIED, Hartmut 1993: Die Geschichte Mecklenburgs, Rostock

KEVENHÖRSTER, Paul 1977: Parallelen und Divergenzen zwischen gesamtssystemarem und kommunalem Wahlverhalten, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Kommunales Wahlverhalten. Studien zur Kommunalpolitik, Bonn, S. 241-283

KLEIN, Markus/CABALLERO, Claudio 1996: Rückwärtsgewandt in die Zukunft. Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994, in: Politische Vierteljahresschrift 37. Jg., S. 229-247

KNABE, Hubertus 1990: Politische Opposition in der DDR. Ursprünge, Programmatik, Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1-2, S. 21-32

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.) 1990: Die ersten freien Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1990, Kiel

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1995: Mecklenburg-Vorpommern. Politische Landeskunde, Schwerin

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1991: 1. Wahlperiode 1990-1994. Volkshandbuch, Rheinbreitbach

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1993: Die vorläufige Verfassung. Entscheidungen für unser Land Bd. I, Rostock

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1995: Handbuch. 2. Wahlperiode 1994-1998, Rheinbreitbach

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1996: Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“. Anträge, Debatten, Berichte, 2 Bde., Schwerin

LANGER, HERMANN 1996: Leben unterm Hakenkreuz. Alltag in Mecklenburg 1932-1945, Bremen/Rostock

MOREAU, Patrick (unter Mitarbeit von Jürgen LANG und Viola NEU) 1994: Was will die PDS?, Frankfurt am Main

MÜLLER, Werner 1996: Mecklenburg-Vorpommern zwischen sowjetischer Besatzungszone und Gründung der DDR, in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung“. Anträge, Debatten, Berichte, Schwerin, 259-274

- MÜNCH, Ingo von (Hrsg.) 1991: Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Quellentexte zum Prozeß der Wiedervereinigung, Stuttgart
- MUTIUS, Albert von/FRIEDRICH, Thomas 1995: Verfassungsgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns nach der Wende 1989/90, in: Stiftung Mecklenburg/Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Modernisierung und Freiheit. Beiträge zur Demokratieggeschichte in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, S. 888-903
- NEUGEBAUER, Gero/STÖSS, Richard 1996: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen
- NICHOLAS, Suzanne 1995: Parlamentarische Repräsentanz oder Ständevertretung? Der Verfassungskampf in Mecklenburg 1908-1918, in: Stiftung Mecklenburg/Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Modernisierung und Freiheit. Beiträge zur Demokratieggeschichte in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, S. 722-743
- PROBST, Lothar 1993: „Der Norden wacht auf“. Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock 1989-1991, Bremen
- RICHTER, Michael 1990: Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf
- RITTER, Gerhard A. 1980: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München
- RITTER, Gerhard A./NIEHUSS, Merith 1991: Wahlen in Deutschland 1946-1991. Ein Handbuch, München
- RITTER, Gerhard A./NIEHUSS, Merith 1995: Wahlen in Deutschland 1990-1994, München
- ROTH, Dieter 1990: Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung, in: Politische Vierteljahresschrift 31. Jg., S. 369-393
- ROTH, Dieter 1994: Die Europawahl 1989, in: Oskar Niedermayer/Hermann Schmitt (Hrsg.): Wahlen und europäische Einigung, Opladen, S. 47-62
- RUTZ, Werner/SCHERF, Konrad/STRENZ, Wilfried 1993: Die fünf neuen Bundesländer. Historisch begründet, politische gewollt und künftig vernünftig?, Darmstadt
- SAHNER, Heinz 1972: Politische Tradition, Sozialstruktur und Parteiensystem in Schleswig-Holstein. Ein Beitrag zur Replikation von Rudolf Heberles: Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Meisenheim am Glan
- SCHNEIDER, Rolf 1993: Kleine Geschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Berlin
- SCHMIDT, Jochen/WERZ, Nikolaus 1994: Das Dilemma der SPD. In Mecklenburg-Vorpommern gelingt es den Sozialdemokraten nur schwer, zwischen CDU und PDS Fuß zu fassen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 248 vom 25. Oktober, S. 12
- SCHMIDTBAUER, Bernhard 1991a: Tage, die die Bürger bewegten, Bd. 1: Eine Chronik des Umbruchs in Rostock vom August 1989 bis zum Oktober 1990, o.O. [Rostock]
- SCHMIDTBAUER, Bernhard 1991b: Tage, die die Bürger bewegten. Bd. 2: Ausgewählte Dokumente zur Chronik des Umbruchs in Rostock, o.O. [Rostock]

SCHMIDTBAUER, Bernhard 1996: „Im Prinzip Hoffnung“. Die ostdeutschen Bürgerbewegungen und ihr Beitrag zum Umbruch 1989/90. Das Beispiel Rostock, Frankfurt am Main u. a.

SCHMITT, Karl 1993: Politische Landschaften im Umbruch: Das Gebiet der ehemaligen DDR 1928-1990, in: Oscar W. Gabriel/Klaus G. Troitzsch (Hrsg.): Wahlen in Zeiten des Umbruchs, Frankfurt u. a., S. 403-441

SCHMITT, Karl 1994: Im Osten nichts Neues? Das Kernland der deutschen Arbeiterbewegung und die Zukunft der politischen Linken, in: Wilhelm Bürklin/Dieter Roth (Hrsg.): Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln, S. 185-218

SCHMITT, Karl 1995: Die Landtagswahlen 1994 im Osten Deutschlands. Früchte des Föderalismus: Personalisierung und Regionalisierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26. Jg., S. 261-295

SCHWABE, Klaus [1993]: Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern, Schwerin o.J.

SCHWABE, Klaus 1992: Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

SCHWABE, Klaus 1993: Mecklenburgische und vorpommersche Identität. Mentalitäten und Befindlichkeiten, in: Der Bürger im Staat 43. Jg., S. 241-245

SCHWABE, Klaus 1994: Zwischen Krone und Hakenkreuz. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Mecklenburg-Schwerinschen Landtag 1919-1932, Sindelfingen

SCHWABE, Klaus ²1994: Verfassungen in Mecklenburg zwischen Utopie und Wirklichkeit, Schwerin

STADTVERWALTUNG DER HANSESTADT ROSTOCK, AMT FÜR STADTENTWICKLUNG, STATISTIK UND WAHLEN (Hrsg.) 1994: Wahlen am 12. Juni 1994. Endgültige Ergebnisse. Europawahlen, Volksentscheid über die Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern, Bürger-schaftswahlen in der Hansestadt Rostock, Rostock

STADTVERWALTUNG SCHWERIN, HAUPTAMT/SACHGEBIET STATISTIK (Hrsg.) 1994: Statistische Nachrichten 1994, 2. Sonderheft. Kommunalwahl in Schwerin am 12. Juni 1994, Schwerin

STATISTISCHES AMT DER DDR/STATISTISCHES KREISAMT STRALSUND STADT 1990: Information zu den endgültigen Ergebnissen der Kommunalwahl am 6. Mai 1990 - Stralsund -, Stralsund

STATISTISCHES KREISAMT SCHWERIN-STADT [1990]: Kommunalwahl '90. Ergebnisse zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung Schwerin, o.O., [Schwerin], o.J.

STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1994: Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 12. Juni 1994. Kreistage der Landkreise sowie Stadtvertretungen/Bürgerschaften der kreisfreien Städte, Schwerin

STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1995: Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 1995, Schwerin

STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1996a: Statistische Daten Mecklenburg-Vorpommern 1950-1990, Schwerin

- STATISTISCHES LANDESAMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1996b: Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 1996, Schwerin
- STIFTUNG MECKLENBURG, INNENMINISTERIUM DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) 1995: Modernisierung und Freiheit. Beiträge zur Demokratiegeschichte in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
- SUCKUT, Siegfried 1996: Die LDP(D) in der DDR. Eine zeitgeschichtliche Skizze, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17, S. 31-38
- URBSCHAT, Kerstin 1995: Zum Aufstieg des Nationalsozialismus in Mecklenburg (1930-1933), in: Wolf Karge/Peter-Joachim Rakow/Ralf Wendt (Hrsg.): Ein Jahrtausend Mecklenburg und Vorpommern. Biographie einer norddeutschen Region in Einzeldarstellungen, Rostock
- VEEN, Hans-Joachim 1996: Stabilisierung auf dünnem Eis - Entwicklungstendenzen des Parteiensystems nach der zweiten gesamtdeutschen Wahl, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie, München/Landsberg am Lech 1996, S. 182-303
- VERWALTUNG DER VOLKSKAMMER DER DDR (Hrsg.) 1990: Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik: 10. Wahlperiode. Die Abgeordneten der Volkskammer nach den Wahlen vom 18. März 1990, Berlin/Rheinbreitbach
- VITENSE, Otto 1920: Geschichte von Mecklenburg, Gotha (Nachdruck Würzburg 21990)
- WEBER, Hermann 1996: Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems in der SBZ/DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17, S. 3-11
- WIEDEN, Helge bei der 1978: Die mecklenburgischen Regierungen und Minister 1918-1952 (neunzehnhundertachtzehn bis neunzehnhundertzweiundfünfzig), Köln/Wien
- WIEDEN, Helge bei der 1994: Kurzer Abriss der mecklenburgischen Verfassungsgeschichte. Sechshundert Jahre mecklenburgische Verfassungen, Schwerin
- ZEIDLER, Stephan 1996: Entstehung und Entwicklung der Ost-CDU 1945-1989. Zum Wandlungs- und Gleichschaltungsprozeß einer Blockpartei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17, S. 22-30

Lieferbare Ausgaben der Reihe "Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung":

- Heft 1** Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien
(Jürgen Rüländ, 1994)
- Heft 2** Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien
(Christian Wagner, 1995)
- Heft 3** Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer
Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums "Argentinien - Politik,
Kultur und Außenbeziehungen" vom 30.6. - 2.7.1995 in Rostock
(Peter Birle / Nikolaus Werz, 1995)
- Heft 4** Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der
Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
(Jost Bandelin / Gerald Braun / Jürgen Rüländ, 1995)
- Heft 5** The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?
(Jürgen Rüländ, 1996)
- Heft 6** Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern
(Nikolaus Werz / Jochen Schmidt)

